Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 104. Sonnabend, den 4. Mai 1912. 19. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Siehe da, die Schnapsblockbrüder!

Bescheidenheit ist eine Zier, doch kommt man weiter ohne ihr — meinen die Junker, Schlachtschitzen und Pfaffen, und sie handeln danach. Ein schöner Beleg dafür liegt in ihrem Antrag, den sie in der Kommission zur Branntweinsteuervorlage eingebracht haben. Also — es genügt den Herren nicht, daß durch Verschärfung des „Durchschnittsbrandes und des Vergällungszwanges" das private Monopol der Spirituszentrale noch fester verankert wird, sondern sie wollen statt der bisherigen „Liebesgabe" auf Grund des Kontingents das nette Sümmchen von 16 Millionen Mark bar ausgezahlt haben.

Ein netter Plan in der Tat. Zur Orientierung folgendes: Nach dem bestehenden Gesetz von 1909 wird außer der Verbrauchsabgabe eine „Betriebsauflage" vom Branntwein erhoben. Diese Steuer wird von den Brennereien bezahlt und auf Heller und Pfennig auf die Konsumenten abgewälzt, wie aus den Berichten der Spirituszentrale hervorgeht. Der Ertrag dieser Steuer ist annähernd 27 Mill. Mark im Jahre, aber er fließt nicht in die Kasse des Reiches, sondern es heißt in dem Gesetz (§ 54): „Aus den Einnahmen der Betriebsauflage und dem daraus angesammelten Geldbestande werden für vollständig vergällten, für den mit andern Mitteln als Essig unvollständig vergällten, und für den ausgeführten Branntwein Vergütungen gezahlt." Die Vergütungssätze bestimmt der Bundesrat und er hat sie auf 18 Mk. pro Hektoliter für vollständig vergällten Spiritus festgesetzt. Der Sinn dieser verwickelten Geschichte ist der, daß den Branntweintrinkern eine Steuer aufgeladen wird, der Ertrag dieser Steuer aber den Brennern zufließt, die vergällten (denaturierten) Spiritus liefern und jenen, die Spiritus ausführen. So wird „ausgleichende Gerechtigkeit" geübt: beim Trinkbranntwein sacken die Schnapsbrenner die Liebesgabe ein, damit sie beim vergällten Spiritus, der zum Kochen, als Leuchtmittel und für gewerbliche Zwecke verwendet wird, sowie bei dem ins Ausland verkauften Spiritus nicht leer ausgehen, damit sie hier gleichfalls Extraprofite haben, werden ihnen jene 18 Mk. pro Hektoliter bezahlt.

Jetzt also kommen die edlen Schnapsbrenner und erklären: wenn die Liebesgabe abgeschafft werden soll, so möge gefälligst das Reich aus dem Ertrage der Verbrauchsabgabe jährlich 16 Millönchen hergeben, die ebenso verwendet werden wie die Betriebsauflage, d. h. zu einem Trinkgeld für die Brenner. Ein wirklich niedlicher Plan! Herr Kühn kalkuliert, daß durch Aufhebung der „Liebesgabe" unter Beibehaltung der Verbrauchsabgabe von 125 Mark, jährlich 36 Millionen in die Kasse des Reiches fließen würden. Ob die Summe so hoch sein wird, ist noch sehr fraglich, denn sie schmilzt stark zusammen, wenn der Verbrauch zurückgeht, was ja zu hoffen ist, wenn die Arbeiterschaft dafür sorgt, daß der Schnapsboykott immer wirksamer wird. Ferner aber sind sich alle Sachverständigen darüber einig, daß im Falle der Aufhebung der „Liebesgabe" in der Form, wie es die Regierung will, die Spirituszentrale den Preis für Trinkbranntwein in die Höhe schrauben wird, was ebenfalls zu einer Verminderung des Konsums führen würde. Geht aber der Konsum zurück, dann haben auch die Schnapsbrenner den Schaden.

Da verlangen sie nun die 16 Millionen. Bekommen sie sie, dann ist es ein glänzendes Geschäft, weil dann auch bei dem vergällten Spiritus fette Extraprofite herausschauen. Ob das Reich die 36 Millionen bekommen würde, ist wie gesagt noch die Frage, es können leicht nur 30 oder 25 Millionen werden, aber das wäre den Schnapsbrennern gleich, sie bekämen doch auf alle Fälle aus dieser Summe 16 Millionen Mark blank auf den Tisch gezählt. Deshalb würde die Spirituszentrale auch bei ihrer Bemessung des Preises für Trinkbranntwein keine Rücksicht zu nehmen brauchen, es könnte ihr gleich sein, wenn der Absatz im Inlande zurückgeht, dafür aber der Absatz von vergälltem Spiritus und von Schnaps nach dem Auslande steigt.

Die Krautjunker und Schlachtschitzen erklären dabei: daß dieser schöne Plan für sie Prinzip sei: sie stimmen gegen das ganze Gesetz, wenn sie nicht ihren Willen kriegen. Ohne sie ist aber keine Mehrheit zu haben und so wird wohl Herr von Bethmann wieder zu Kreuz kriechen. Zu vermerken ist aber noch, daß der alte Schnapsblock verjüngt und verstärkt wieder auf der Bildfläche erscheint: der Antrag ist gestellt von dem Trio Junker, Schlachtschitzen und Zentrum, und — den Nationalliberalen!

Vergessen ist der homerische Streit. Die Paasche- und Bassermannleute [illegible] kurzem von Oertel und Heydebrand des Vaterlandsverrats angeklagt wurden, dem haben ihre „nationale Gesinnung" glänzend erwiesen, in sie sich dem Schnapsblock anschließen. Damit ist auch die letzte Illusion von der „geschlossenen Linken" zerstoben, die Schnapsbrüder haben sich gefunden.

Das Recht der Volksvertretung.

Was nach den Novemberdebatten des Jahres 1908 an der konservativ-liberalen Gemeinschaft gescheitert ist, soll jetzt durchgesetzt werden. Damals gelangten die Versuche, das Interpellationsrecht des Reichstags auszubauen, über eine erfolglose Kommissionsberatung nicht hinaus. Jetzt liegen bestimmte Anträge der Geschäftsordnungskommission vor, und die erdrückende Mehrheit des Hauses ist entschlossen, zu einem wirklichen Ergebnis zu gelangen.

Es ist eine Frage der Geschäftsordnung, um die es sich handelt, und es ist in der Tat nicht begreiflich, wie die Vertretung des deutschen Volkes sich solange hat sträuben können, ihrer selbstverständlichen Ansprüche sich bewußt zu werden und sich die Stellung zu schaffen, die die Parlamente aller Kulturstaaten besitzen. Nur im Deutschen Reichstag war es denkbar, daß über eine Interpellation stundenlang verhandelt werden konnte, ohne daß die Debatte durch einen Beschluß, durch den Ausdruck der Meinung der Mehrheit, sanktioniert wurde.

Die äußerste konservative Reaktion hat sich freilich immer gegen diese bescheidene Reform gewehrt, weil sie eben in dem Ausdruck eines Mehrheitswillens den Beginn eines modernen parlamentarischen Regimes sieht. Davon kann aber garnicht gesprochen werden. Die Anerkennung und die Festsetzung eines solchen Rechts bedeutet sicherlich nicht die Einführung oder auch nur den zartesten Anfang einer Modernisierung unserer Verfassung. Schon deshalb nicht, weil nach wie vor die Regierung selbst ja ein Bestandteil der Reichsgesetzgebung ist und zur Ausführung der Reichstagsbeschlüsse rechtlich keineswegs verpflichtet ist. Als zu Beginn der gestrigen Reichstagssitzung der Staatssekretär Dr. Delbrück die vorsichtige Verwahrung der Regierung zum Vortrag gebracht hatte, wies auch sofort Genosse Ledebour darauf hin, daß wir eine uns wünschenswerte Verfassungsänderung nicht auf dem Wege einer Änderung der Geschäftsordnung versuchen würden. Die jetzt vom Reichstag unternommene Reform kann also nach dieser Richtung nicht überschätzt werden; sie ist eine im Grunde harmlose Sicherung eines bisher nicht ausgenützten Rechtes, das dem Parlament selbstverständlich zusteht, nämlich seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Wie ja dieses Recht auch in einzelnen deutschen Landtagen — in Württemberg und in Elsaß-Lothringen — in der Geschäftsordnung bereits angewandt ist.

Wir sagten schon, daß die Konservativen Furcht empfinden, nicht nur vor der Drohung besserer Verfassungszustände, sondern auch vor jeder Festigung parlamentarischer Volksrechte. So haben sie denn auch gestern — all ihren Ableugnungen zum Trotz — bewußt und hartnäckig eine Obstruktion gegen das Zustandekommen der Beschlüsse gewagt. Sie mußten aber bald einsehen, daß ihre Hoffnung, am letzten Arbeitstag der Woche den Reichstag beschlußunfähig zu machen, an der Entschlossenheit der Majorität scheitern müßte, und so haben sie sich denn auf die Taktik der vielen und langen Reden verlegt.

Es gelang ihnen aber nur die Beschlußfassung über den zweiten Teil der Kommissionsanträge hinauszuschieben. Der erste Teil gelangte trotz all ihrer Mühen zur Erledigung. Die kurze Galgenfrist bis zum nächsten Mittwoch ist ihnen gewährt für die Interpellationen; die Einführung der „kleinen Anfragen" ist vom Reichstage beschlossen worden.

Nach der Verlesung der Regierungserklärung, der der Exodus der Regierungsvertreter folgte, begründete Genosse Ledebour unsere Stellung zu den Kommissionsanträgen, und die von unserer Fraktion eingebrachten Amendements. Von den Konservativen war es Herr Kreth und Graf Westarp, von den Reichsparteilern die Herren von Halem und Schultz, die alles taten, um die Beschlußfassung zu verzögern. Sie holten die unmöglichsten Einwendungen hervor, ohne auch nur bei ihren Freunden von der Wirtschaftlichen Vereinigung oder von den Antisemiten irgendwie Eindruck zu machen. Herr Schultz strengte seine Lunge zwar sehr, aber vergeblich an. Der einzige, der diesem Herrn zur Hilfe beisprang, war der nachgerade unvermeidliche Graf Posadowsky, dessen Argumente — so weit er sie auch herholte — sich indessen von den Einreden seiner Freunde nicht sehr unterschieden. Und es war der sicherlich nicht demokratische Graf Oppersdorff, der ihn darauf aufmerksam machte, daß seine schönen Reden mit den kurzen Anfragen garnichts zu tun hatten. Die Nationalliberalen, für die Herr List sprach, der Fortschrittler Dr. Müller-Meiningen und der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell traten für die Kommissionsbeschlüsse ein, die dann auch unter Ablehnung aller Amendements von rechts und links angenommen wurden.

Es war so schon ziemlich spät geworden, als die Frage der Interpellationen behandelt werden konnte. Hier begann Herr Kreth mit einer einstündigen Rede die Obstruktionskampagne, an der nachher noch Herr v. Halem und Graf Westarp eifrig teilnahmen, während Herrn Schultz offenbar der Athem ausgegangen war. Genosse Dr. David hatte schon Herrn Kreth in der geeigneten Weise heimgeschickt, ein ebenso unglückliches Schicksal erlebte vor allem Graf Westarp, dem Herr Groeber sagen mußte, daß mit seinen staatsrechtlichen Bedenken kein Staat gemacht werden konnte. Diesmal fand er trotzdem eine wertvolle Stütze an Herrn Mumm. Für die Kommissionsbeschlüsse trat Herr Dr. Junck im Namen der Nationalliberalen, der Pole v. Laszewski, der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell und der Fortschrittler Dr. Dove ein.

Die Diskussion wurde schließlich zu Ende geführt, und die eifrigen Obstruktionisten müssen sich damit abfinden, daß am Mittwoch abgestimmt wird.

Politische Rundschau

Deutschland.

Das Kompromiß zwischen Alten und Jungen in der nationalliberalen Partei.

Trotzdem die Einzelheiten des am Mittwoch abgeschlossenen Kompromisses zwischen Jungliberalen und dem von Friedberg repräsentierten Flügel der Nationalliberalen vertraulich behandelt werden sollten, veröffentlicht die „Nationalliberale Korrespondenz" in der Freitagnummer folgende Note über die Einigungsverhandlungen:

„Die dem Vertretertage vorangehende Zentralvorstandssitzung ist auf den 11. Mai festgesetzt. Der Zentralvorstand wird sich hinsichtlich der strittigen Organisationsfrage mit dem Einigungsvorschlage zu beschäftigen haben, den eine aus Vertretern verschiedener landschaftlicher Organisationen und der nationalliberalen Jugend zusammengesetzte freie Kommission gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Ausschuß ihm unterbreiten wird. Es ist nach den vorhergegangenen Besprechungen zu erhoffen, daß dieser Einigungsvorschlag die einmütige Zustimmung des Zentralvorstandes und auch des Vertretertages finden wird. Damit ist die Aussicht begründet, daß dieser allgemeine Vertretertag wie in den vergangenen Jahren das Bild einer in ihren Zielen einigen Partei bieten wird, die sich durch einen vorübergehenden Streit um die Zweckmäßigkeit gewisser Organisationsfragen nicht das Bewußtsein der allen Parteigenossen gemeinsamen politischen Grundauffassung rauben lassen kann. Der Einigungsvorschlag läßt den Jugendvereinen wie allen übrigen durch ein besonderes Merkmal unterschiedenen Vereinen und wie jeder anderen Richtung innerhalb der Partei die Möglichkeit, sich in eigenen Verbänden zu organisieren. Diese Verbände erhalten in Zukunft aber keinen irgendwie parteioffiziellen Charakter und stehen als solche außerhalb der allgemeinen Parteiorganisation. Die Jugendvereine wie alle übrigen „besonderen" Vereine haben sich den allgemeinen landschaftlichen Verbänden anzuschließen und nach der Größe ihrer Mitgliederzahl das Recht auf Berücksichtigung bei der Wahl der Vorstände der landschaftlichen Verbände und bei den Wahlen zum Zentralvorstand sowie innerhalb der landschaftlichen Verbände das Recht der Wahl eigner Vertreter zum allgemeinen Vertretertage."

Das Exposé ist stark optimistisch gefärbt. Nach den von den Jungliberalen in Frankfurt a. M. aufgestellten Forderungen hat es nicht den Anschein, als ob alles so ruhig und friedlich ausgehen wird, als es diese offiziöse Meldung glauben machen will.

Die Wehrvorlagen in der Budgetkommission.

In der Freitagssitzung wurde lebhaft über die Errichtung von 22 Landwehr-Inspektionen debattiert, die von sozialdemokratischer und volksparteilicher Seite bekämpft wurde. Die von der Regierung für diese Inspektionen gegebene Begründung war vertraulich. Ein volksparteilicher Antrag, grundsätzlich diese Inspektionen abzulehnen, wurde mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt, ebenso sechs für Preußen geforderte Inspektionen; dagegen wurden für Preußen vier bewilligt, für Sachsen waren zwei Inspektionen gefordert, bewilligt wurde keine, für Württemberg wurde die Beschlußfassung ausgesetzt. Bei der Forderung, Errichtung von Maschinengewehrkompagnien, wurde energisch die Geheimniskrämerei kritisiert, die die

Militärverwaltung bei dem organisatorischen Ausbau der Bewaffnung des Heeres mit Maschinengewehren betreibt. Es sind eine ganze Anzahl von Kompagnien errichtet worden, ohne daß der Reichstag davon unterrichtet worden wäre. Aus den Mitteln eines Fonds: Versuche im Waffenwesen, ist die Errichtung der Maschinengewehrkompagnien bestritten worden. — Die Weiterberatung wurde auf Dienstag vertagt.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Freitag die Vorlage der Regierung betreffend Erweiterung des Stadtkreises Elberfeld (Eingemeindung von Vohwinkel) abgelehnt und in erster Lesung eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigt, darunter die Vorlage betr. Bewilligung weiterer Staatsmittel zum Bau von Wohnungen für Staatsarbeiter und Beamte, betr. Umlegung von Grundstücken in Wiesbaden und betr. die Polizeiverwaltung in Oppeln.

Der scharfe Strich . . .

Der Freisinn ist patriotisch, das hat er schon betont, ehe die Wehrvorlagen überhaupt das Licht der kriegswütigen Welt erblickt hatten. Klar und fest ist hier nur die Sozialdemokratie. Neben ihr der breite Strich und drüben die Bewilliger mit und ohne „aber".

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben es nicht abwarten können, schon jetzt kommt ihr Zentralorgan mit einem Artikel Wehrvorlage und Arbeiterschaft, in dem nach einigem hin und her die eingebildete Notwendigkeit des Weiterrüsten! gepredigt wird.

So lange nicht . . . . . international abgerüstet wird, solange wird — weitergerüstet! Das ist die Quintessenz des Hirsch-Dunckerschen Artikels. Dabei vergessen die klugen Artikelschreiberchen, daß Deutschland erst 1911 mit England gemeinsam anfangen sollte abzurüsten, Deutschland hat aber nicht gewollt. Trotzdem, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler wollen warten, bis gemeinsam abgerüstet wird, bis dahin aber wollen sie mitrüsten.

Wir wollen die Blauen aber nicht ungerecht behandeln, deswegen sei festgestellt, sie wollen auch Deckung sehen. Man denke, sie wagen, Deckung zu fordern, Deckung! Ja sogar die Erbanfallsteuer wird verlangt.

Das wissen wir: die Erbschaftssteuer kommt kaum, die anderen Wege der sogenannten Deckung sind für die Arbeiterschaft kein Vorteil, aber die Wehrvorlage wird sicher Gesetz. Die Hirsch-Dunckerianer machen also das mit, was sowieso geschieht und fordern das, was nicht eintritt. Wieviel klüger wäre es doch, sie stellten sich auf die stets mächtiger werdende Seite derer, die bei den Rüstungen nicht mehr mitmachen, dafür aber gesunde Steuerpolitik erzwingen werden. Ja, wenn das die Blauen mitmachten, dann wären sie eben keine freisinnigen Hirsche!

Wilhelm II. als Farmer.

Der deutsche Kaiser hat im Bezirk Gibeon in Südwestafrika für den Preis von 95 000 Mk. zwei Farmen gekauft und will dort die Zucht von Wollschafen betreiben. Die Bewirtschaftung der Farmen ist einem Pächter übertragen. Die Farmen liegen direkt an der Nordsüdbahn und es wird damit gerechnet, daß der Export von Wolle für die deutsche Kammgarn-Industrie schon in den nächsten Jahren einen großen Aufschwung nehmen werde. In Südwestafrika besteht ein Woll-Schafzucht-Syndikat, an dem u. a. auch der Fürst von Schaumburg-Lippe finanziell beteiligt ist.

Gesetz über den Zusammenstoß von Schiffen.

Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf zugegangen über den Zusammenstoß von Schiffen, sowie über die Bergung und Hilfeleistung in Seenot. Der Gesetzentwurf ist eine Folge des internationalen Übereinkommens über den Zusammenstoß von Schiffen, dem der Reichstag am 31. Mai 1911 seine Zustimmung gab. Der neue Entwurf ändert zunächst eine Anzahl Paragraphen des Handelsgesetzbuchs und bestimmt in der Hauptsache: Wenn ein Zusammenstoß durch Zufall oder höhere Gewalt herbeigeführt ist, dann besteht ein Anspruch auf Ersatz des Schadens an die Reeder nicht. Wenn jedoch der Zusammenstoß durch Verschulden der Besatzung eines der Schiffe herbeigeführt ist, so ist der Reeder dieses Schiffes zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Liegt ein gemeinsames Verschulden der Besatzung der beteiligten Schiffe vor, so sind die Reeder dieser Schiffe gemeinsam haftbar und zwar haften sie dann als Gesamtschuldner. Die übrigen Bestimmungen befassen sich mit der Regelung des Bergungslohnes.

Der deutsche Welthandel.

Nach der jetzt vorliegenden Statistik über die Ein- und Ausfuhrwerte des deutschen Handels im Jahre 1911 war Deutschland im genannten Jahre mit 18,2 Milliarden am Welthandel beteiligt, gegenüber 16,4 Milliarden im Jahre 1910. Im Jahre 1890 belief sich der Außenhandel auf nur acht Milliarden. Die Zunahme im Gesamthandel verteilt sich annähernd gleichmäßig auf die Einfuhr und die Ausfuhr. Erstere stieg von 9,3 Milliarden im Jahre 1910 auf 10 Milliarden im Jahre 1911; die Ausfuhr von 7,6 auf 8,2 Milliarden.

Unter den Ländern, die nach Deutschland Waren einführen, steht Rußland an der Spitze. Die Einfuhr von dort betrug im Jahre 1911 fast 1,6 Milliarden; sie stieg um 200 Millionen. Die deutsche Ausfuhr nach Rußland stieg zwar auch um rund 100 Millionen, blieb aber gegen die Einfuhr von dort um eine Milliarde zurück.

Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten betrug 1,3 Milliarden (156 Millionen mehr als im Vorjahr); die Ausfuhr nur 239 Millionen; das ist eine Steigerung von 7 Millionen gegenüber dem Jahre 1910.

Das bedeutendste Absatzgebiet für Deutschland ist Großbritannien. Mit 1139 Millionen hat die Einfuhr nach dort die des Vorjahres um 37 Millionen übertroffen. Unsere Einfuhr von dort betrug 808 Millionen; sie ist um 42 Millionen gestiegen. — Unsere Ausfuhr nach Frankreich stieg um 55, die Einfuhr um 15 Millionen; die Ausfuhr nach Österreich um 96 Millionen, während die Einfuhr von Österreich um 20 Millionen zurückging. Die Ausfuhr nach Italien stieg um 25, die Einfuhr um 10 Millionen.

Von den überseeischen Ländern sind besonders hervorzuheben: Indien, dessen Ausfuhr im Werte von 440 Millionen um 36, und dessen Einfuhr um 10 Millionen gestiegen ist. Auch Argentinien hat mit 369 Millionen Ausfuhr und 255 Millionen Einfuhr eine erhebliche Steigerung zu verzeichnen, desgleichen Brasilien, von wo Deutschland Waren im Werte von 32 Millionen bezog und wohin solche im Werte von 152 Millionen geliefert wurden. Der Umsatz mit Chile betrug 158 Millionen in Einfuhr und 85 in Ausfuhr.

Die Branntweinsteuer in der Kommission.

Die Debatte über den Absatz 2 des § 2 wird abgebrochen, da bis zur zweiten Lesung des Entwurfs in der Kommission eine bessere Formulierung gefunden werden soll, die sich mit der Abänderung des Absatzes Nr. 1 verträgt.

Der § 3 betrifft die Herabsetzung der Verbrauchsabgabe für die kleineren Obstbrenner. Der Entwurf sieht als Grenze für die Gewährung der niedrigeren Steuer eine Jahreserzeugung von höchstens 30 Liter vor. Das Zentrum hatte aber zuerst die Heraufsetzung dieser Grenze auf hundert Liter beantragt, hat sich aber inzwischen mit der Regierung auf einen agrarischen Kompromißantrag geeinigt, und schlägt jetzt mit Konservativen, Nationalliberalen und Polen eine Höchstgrenze von 50 Liter vor. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Grenze auf 200 Liter wurde nach längerer Debatte gegen die acht Stimmen unserer Vertreter abgelehnt, der Kommissionsantrag Dietrich darauf einstimmig angenommen.

Bei § 4 handelte es sich um die Vorzugsstellung kleinerer landwirtschaftlicher Brennereien, die vor dem 1. April 1913 betriebsfähig hergerichtet sind. Der Entwurf sah eine Grenze von 10 hl und einen Abgabesatz von 1,175 Mk. pro Liter vor. Genosse Wurm vertrat unseren Antrag: Das einschränkende Datum zu streichen und die Produktionsgrenze auf 300 hl festzusetzen mit dem Argument, daß auch die Konkurrenz der mittleren Betriebe gegen die großkapitalistisch betriebenen Brennereien geschützt werden müsse. Unser Antrag wurde abgelehnt, während die Gegner nur — in einem Antrag Herold — das Zugeständnis machten, den Abgabesatz auf 1,13 Mk. festzusetzen.

Eine sehr ausgedehnte Diskussion nahm der § 5 (Vorzugsstellung der landwirtschaftlichen Brennereien mit einer Jahreserzeugung von 10 bis 300 hl) in Anspruch. Ein Antrag Herold (Zentrum) verlangte eine Staffelung der Brennereien, ein sozialdemokratischer die Aufhebung der — ebenso wie bei § 4 — einschränkenden Zeitbestimmung. Der Fortschrittler Schweickhardt machte darauf aufmerksam, daß die neue Bestimmung gegen das Reservatrecht der süddeutschen Staaten verstoßen würde und ein Regierungsvertreter gab auch sofort zu, daß es die Absicht dieser Bestimmung sei, die kleineren und mittleren Betriebe in Norddeutschland den süddeutschen gleichzustellen. Abg. Dr. Südekum und Abg. Wurm wiesen nach, daß bei den teureren Produktionsverhältnissen in Süddeutschland die dortigen Brennereien bei solcher Gleichstellung beträchtlich benachteiligt würden, die im übrigen gegen den Sinn des Reservats verstoße. Gegen diese einfache Logik suchten sich der Staatssekretär und die Redner des Zentrums, der Rechten und der Nationalliberalen mit allen möglichen Einwendungen zu wehren. Unser Antrag auf Streichung des einschränkenden Datums („vor dem 1. April 1912 betriebsfähig") wurde gegen die sozialdemokratischen und fortschrittlichen Stimmen abgelehnt, der Antrag Herold gegen die fortschrittlichen Stimmen angenommen.

Zu § 6 (Vorschriften über das Kontingent in den Reservatstaaten) beantragten unsere Genossen, daß eine zahlenmäßig bestimmte Kontingentsgrenze von 3000 Hektolitern für die gewerblichen Brennereien eingeführt werde. Abg. Dr. Südekum begründete diesen Antrag mit der notwendigen Stärkung der kleinen und mittleren Brennereien. Der Antrag wurde gegen unsere Stimmen und die Stimme des Abg. Speck (Z.) abgelehnt, der in ihm mit Recht einen Schutz der genossenschaftlichen Brennereien sah. Am Schluß der Sitzung wurden einzelne Änderungen an Bestimmungen des Branntweinsteuergesetzes vorgenommen. Eine kurze Debatte entstand nur bei dem Antrag, auf alle Steinobstbrennereien die Vorzugsstellung auszudehnen, die heute für Kirschen und Zwetschgen besteht. Nach Befürwortung durch die Abgg. Dr. Zehnter (Z.) und Dr. Weill (Z.) wurde der Antrag angenommen.

Das Ende der Jesuitendebatte im bayrischen Landtage.

Die zweitägige Debatte über den bayerischen Jesuitenerlaß ist nach höchst erregten Zwischenfällen Donnerstag beendet worden. Sie brachte zwar keine neue Aufklärung über den Ursprung des Erlasses und über den Konflikt der bayerischen Regierung mit der Reichsleitung, aber sie vollendete das Bild einer ebenso gewalttätigen, wie ungeschickten Zentrumsregierung. Am Mittwoch hatte das Zentrum versucht, durch ungebührliche Verlängerung der Sitzung das Interesse an den Debatten erst zu erschöpfen und dann die Debatte selbst abzuschneiden. Der Plan scheiterte an dem leidenschaftlichen Widerspruch der Linken. Am Donnerstag konnte deshalb auch die Sozialdemokratie mit einer witzigen Rede des Genossen Adolf Müller zu Worte kommen. Unser Redner wies auf die schwere Niederlage hin, die die bayerische Regierung gegenüber dem Reiche erlitten habe und er forderte das Zentrum auf, endlich einmal seine Macht zu gebrauchen, um das Ausnahmegesetz zu stürzen. Das Zentrum wurde durch diese Rede so sehr in die Enge getrieben, daß der Ministerpräsident überhaupt keine Entgegnung mehr wagte, und die Blamage wurde beendet durch die Tatsache, daß der Kultusminister sich herausgenommen hatte, das Haus wissentlich zu täuschen, noch dazu in einer so plumpen Weise, daß der grobe Schwindel sofort nachgewiesen werden konnte.

Von liberaler Seite war festgestellt worden, daß der Erlaß auf Betreiben des Münchener Erzbischofs ergangen sei. Der Ministerpräsident versuchte, die Schuld auf den früheren Kultusminister abzuwälzen, der den Erlaß fertiggestellt habe und den die neue Regierung habe übernehmen müssen. Der gegenwärtige Kultusminister aber behauptete, daß der Text dieses Erlasses ohne wesentliche Änderungen übernommen worden sei. Donnerstag wurde nun von einem liberalen Redner enthüllt, daß der neue Kultusminister gerade die entscheidenden Stellen hinzugefügt habe, namentlich die Erlaubnis, daß die Jesuiten in der Kirche auch die Sakramente spenden dürften. Auf dieser bewußten Unwahrheit ertappt, versuchte der Kultusminister mit einer Insinuation gegen die Liberalen zu entwischen, denen er vorwarf, daß sie überhaupt die Spendung der Sakramente in der Kirche beanstanden wollten. Der Herr mußte dann freilich einen wenig rühmlichen Rückzug antreten. Man darf aber gespannt sein, wie lange ein Mann an der Spitze der Volkserziehung geduldet werden wird, der sich als ein Mensch erwiesen hat, der mit Bewußtsein die Unwahrheit gesagt hat.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 4. Mai.

Achtung Landschaftsgärtnereiarbeiter! Sämtliche Landschaftsgärtnereibetriebe Lübecks sind gesperrt. Zuzug von gelernten und ungelernten Arbeitern ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Gärtner befindet sich Stavenstraße 33.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am kommenden Montag abend im Gewerkschaftshause statt. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Genosse Diez wird einen Vortrag über das Thema „Mißernte und Teuerung" halten. Weiter gelangt zur Erörterung die Errichtung eines Jugendheimes sowie die Errichtung eines Bezirksbildungsausschusses für Lübeck und Mecklenburg. Das vollzählige Erscheinen der Genossinnen und Genossen ist deshalb dringend erforderlich.

R. **Strafkammer.** Sitzung am 3. Mai. Wegen versuchten Betruges war der Straßenbahnschaffner M. von dem hiesigen Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurteilt worden. Er soll nämlich einem Fahrgast einen bereits schon einmal ausgegebenen Fahrschein gereicht haben. M. hatte sein Vorgehen auch nach eintgem Leugnen eingestanden. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Vor der gestrigen Berufungsstrafkammer widerrief nun der Angeklagte sein früheres Geständnis mit der Begründung, daß er nur den Betrug eingestanden habe, weil man ihm gesagt habe, er werde dann nur eine geringe Strafe erhalten und nicht entlassen. Jetzt behauptete er aber, es könne nur ein Versehen von seiten des als Zeugen geladenen Fahrgastes vorliegen. Der Vergleich der Kontrollnummer mit der Nummer des doppelt ausgegebenen Fahrscheines ergab nach Ansicht des Gerichts, daß ein Betrug vorliege. Infolgedessen wurde dem Antrage des Staatsanwaltes gemäß das Urteil der Vorinstanz aufgehoben und der Angeklagte zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. — Wie unseren Lesern noch in Erinnerung sein wird, berichteten wir von einer „Fensterlgeschichte", die Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht gewesen war. Die „Helden" dieser Geschichte, drei Knechte aus Dissau, wurden von der Anklage wegen Hausfriedensbruches freigesprochen mit der Begründung, daß das nächtliche Besuchen von Liebsten auf dem Lande Sitte sei. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein, die er folgendermaßen begründete: Das nächtliche Besuchen der Dienstmädchen auf dem Lande sei keineswegs eine Sitte, sondern eine Unsitte, da die Burschen dabei allerlei Unfug trieben. Es sei eine exemplarische Strafe am Platze, damit sie von dem Treiben abgeschreckt würden. Tatsächlich üben die Knechte — wie aus den Zeugenaussagen hervorging — verschiedentlich auch auf den Dörfern gewissermaßen einen Terrorismus aus, und die Bauern sehen stillschweigend zu, wie ihnen die Fensterscheiben eingeschlagen werden, weil sie wissen, daß die Knechte sofort den Dienst verlassen, wenn jemand Anzeige erstattet und die Bauern haben davor die größte Angst. Auch dieses Urteil des Schöffengerichts hob die Strafkammer auf und verurteilte die Knechte O. K. und A. wie der Staatsanwalt beantragt hatte, zu je acht Tagen Gefängnis wegen Hausfriedensbruches. — Was für Burschen diese drei Angeklagten sind, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß sie vor Freude über den Freispruch des Schöffengerichts seinerzeit ohne jeden Grund einen Milchkutscher F. vom Wagen rissen und tüchtig verprügelten.

Ein trauriges Gegenstück zur Frühlingspracht und Frühlingsfreude ist es, wenn man auf Spaziergängen draußen in der freien Natur häufig zerschlagene, zertretene oder sonst verstümmelte Tiere findet. Bevor das erste Grün sproßt, wird es schon in der Tierwelt lebendiger. Frösche, Molche, Salamander und derartige Kleintiere erwachen aus ihrem Winterschlaf und nehmen meist eine Zeitlang Aufenthalt in kleinen Gewässern. Da „vergnügt" sich denn die Jugend oft damit, diese harmlosen Geschöpfe zu fangen und mehr oder weniger zu quälen oder zu töten. Manche Kinder helfen aus Unverstand und zum Zeitvertreib ihren roheren Kameraden, weil sie denken, die genannten Tiere seien schädlich. Besonders in den Ferien zieht man von einem Wassertümpel zum andern, und wo sich Opfer finden, gibt es eine Schlächterei, die man sich oft nicht grausiger vorstellen kann. Eltern und Lehrer sollten hier helfend eingreifen und den Kindern immer wieder sagen, daß Frösche, Molche, Salamander, Kröten, Eidechsen, Blindschleichen usw. außerordentlich nützliche Tiere sind, die man schützen müsse, aber unter keinen Umständen quälen und töten dürfe. Dieselben Kinder, die zu Frühlingsanfang solche Roheiten und Grausamkeiten begehen, werden nachher, wenn junge Vögel in den Nestern sind, auch an diesen ihr Tun fortsetzen. Man sollte Kindern nicht nur gebieten, die Nester nützlicher Vögel zu schonen, sondern man dürfte auch nicht gestatten, daß sie die Nester angeblich schädlicher Vögel zerstören, weil sie zu leicht dabei verrohen.

Neue Dampferlinie zwischen Lübeck (Sophienstraße) nach Travemünde. Einem Bedürfnis entsprechend hat der frühere Leiter der Traven-Dampfschiffahrt P. Iwan Wetterich mit seinem Doppelschraubendampfer „Freya" eine regelmäßige Fahrt zwischen Sophienstraße und Travemünde, Mühlentor, Hüxtertor und Struckfähre anlegend, eingerichtet. Bis zu Pfingsten finden die Fahrten nur Sonntags ab Sophienstraße 8,40 Uhr morgens und 2 Uhr nachmittags, ab Travemünde 10,30 Uhr morgens und 7 Uhr abends statt. Vom 28. Mai auch werktäglich 2 Uhr nachmittags. Abfahrtstelle in Travemünde ist Prinzenbrücke. Fahrpreis für Erwachsene 50 Pfg., für Kinder unter 12 Jahren 25 Pfg. Bei gleichzeitiger Lösung einer Rückfahrtkarte kostet diese 30 Pfg. resp. 15 Pfg. Auch werden Bündelkarten 20 Stück zu 8 Mk. für Erwachsene und zu 4 Mk. für Kinder ausgegeben. Nach Ankunft in Travemünde nachmittags finden bei genügender Beteiligung (mindestens 10 erwachsene Personen) um 4 resp. 5 Uhr Fahrten in See statt, Abfahrt Postbrücke (Platz Möve) Fahrpreis 50 Pfg. resp. 25 Pfg. Wir verweisen auf die heutige Annonce und die Kursbücher. Der Dampfer ist durch seinen weißen Anstrich und blauen Schornstein kenntlich.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Aus einem Schuppen am Constinplatz ist gestern morgen ein Fahrrad, Marke „Göricke" gestohlen worden. Das Rad hat schwarzes Gestell, gelbe Felgen und hat die Polizei-Nr. 14 070.

pb. **Verschwundener Windhund.** Seit dem 30. 4. cr. wird ein wertvoller russischer Windhund vermißt, der vermutlich von einer Person eingefangen und festgehalten wird. Der Hund ist ca. 65 cm hoch, schwarz und weiß gefleckt und hört auf den Namen „Prince".

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurden ein Arbeiter von hier wegen Betruges und Unterschlagung, ferner ein Arbeiter aus Fackenburg, der heute morgen 5½ Uhr die Fensterscheibe des Schlachtermeisters Viereck in der Hüxstraße zertrümmerte und drei im Fenster hängende Schinken gestohlen hatte. Der Eigentümer der Schinken erwischte den Dieb auf frischer Tat.

Kalnbergs Universum. Man schreibt uns: Das neue Künstlervölkchen hat mit seinen Vorträgen und Darbietungen eingeschlagen. Das jetzige Programm ist aus vorherrschend humoristischen Nummern zusammengestellt. Eine ganz vorzügliche Illusion ist das geheimnisvolle Kabinett. Diese Nummer dürfte eine Zugkraft für das Universum werden. Ab Montag kommt noch die neue Burleske, „die neueste Erfindung" zur Aufführung.

Ringkämpfe im Hansa-Theater. Am Freitag abend stand der Entscheidungskampf Reglin gegen Mamutow auf dem Programm. Der Russe wurde schließlich wegen verbotener Griffe disqualifiziert und Reglin der Sieg zugesprochen, nach einer Gesamtzeit von einer Stunde 34 Minuten. Sturm rang gegen Gambier 20 Minuten unentschieden. van Andree konnte vorher den Westfalen Hißmann schon in 8 Minuten durch einen Armzug auf der Brücke besiegen: Heute Sonnabend ringen: Gebhardt—Hißmann, Sturm—Mamutow, Entscheidungskampf Gambier—Petitjean, vorher Boxkampf Reglin— Ali Oglut.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Die Aufführung von „Joseph in Ägypten", die wegen der anhaltenden Erkrankung des Herrn Vistori verschoben werden mußte, findet nunmehr bestimmt am Sonntag, den 5. Mai, statt. Herr Kollwitz hat sich mit Eifer an das Studium der Partie des „Joseph" gemacht, die übrigens seiner Stimme ausgezeichnet liegt und hat so die Aufführung für den Sonntag ermöglicht. Die Herren Fabian, Holmquist und von Schenck sind ebenfalls hervorragend beschäftigt. Die entzückende Partie des Benjamin singt Frl. Jansen. Den Beschluß des Abends bilden die „Phantasien im Bremer Ratskeller", die bei ihrer Erstaufführung allseitig so gefallen haben, daß fortwährend Wünsche aus dem Publikum nach Wiederholung des reizenden Balletts laut werden.

Travemünde. Parteiversammlung. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet morgen Sonntag nachmittag 4 Uhr im „Kolosseum" statt. Wir fordern die Parteigenossen an dieser Stelle auf, sich in der Versammlung einzufinden.

Hamburg. Der Stand der Lohnbewegung im Hamburger Hafen. Die Verhandlungen mit den Unternehmern gehen, nachdem der Vertrag für die Schauerleute zwischen dem Hafenbetriebsverein und dem Transportarbeiterverband auch formell festgelegt ist, nur langsam vorwärts. Beendet ist inzwischen nur die Lohnbewegung der Kutscher. Zwischen dem „Verband der Arbeitgeber in den Transport-, Handel- und Verkehrsgewerben" und dem Transportarbeiterverband wurden nach langen Beratungen Vereinbarungen getroffen, die nunmehr durch beiderseitige Anerkennung als Tarifvertrag in Kraft getreten sind. Es ist dadurch für die Blockwagenkutscher die Fortdauer der bisherigen Abmachungen unter Erhöhung des Wochenlohnes um 1 Mk. für das erste Jahr erzielt worden. Der Ablauf des Vertrages ist für den gleichen Termin vorgesehen, an dem der Tarif für die am Baugewerbe beteiligten Firmen abläuft. Für die Roll-, Speditions- und Möbelkutscher gilt der Tarif für zwei Jahre (bis 30. April 1914) und enthält folgende Verbesserungen: Sofortige Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde; uneingeschränkte zweieinhalbstündige Pausen, darunter anderthalb Stunden Mittagspausen, während bisher nur zwei Stunden Pausen üblich waren, Erhöhung des Wochenlohnes um je 1 Mk. für jedes Vertragsjahr, Herabsetzung der Wartezeit mit geringerem Lohne für Anfänger von sechs auf drei Monate, Erhöhung des Tagelohnes für Aushilfen bis zu drei Tagen um 50 Pfg., bei Aushilfen über drei Tage Zahlung nach dem tariflichen Lohn. Bezahlung der sogenannten neutralen halben Stunde, die am Schluß der regulären Arbeitszeit unentgeltlich gearbeitet werden muß: in allen Fällen, wo sich Überstunden über diese Zeit ausdehnen, tritt Erhöhung der Vergütung für Sonn- und Feiertagsarbeit von 75 Pfg. pro Stunde auf 1 Mk. ein. Neu sind die Bestimmungen über die Gewährung von Ferien. Es erhalten künftig alle Arbeiter nach mindestens einjähriger Tätigkeit im Betriebe drei Arbeitstage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes. Für die Einführung der Ferienbestimmung gilt der 1. Mai 1912 rückwirkend. Ferien fallen in die Zeit vom 1. Mai bis 30. September. Ferner hat künftig der Kutscher jeden dritten Sonntag gänzlich frei, was bisher nicht der Fall war. Die bereits bestehende Schlichtungskommission muß künftig drei Tage nach Eingang einer Beschwerde zu einer Sitzung zusammentreten. Die jetzt bestehenden, ohne Zustimmung der Gruppe abgeschlossenen Verträge, z. B. mit der Transport-Aktien-Gesellschaft, müssen bis zum Ablauf des Vertrages mit dem vorgenannten Arbeitgeberverband prolongiert werden. Mit einigen außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehenden kleineren Firmen wird noch verhandelt. Für die eigentlichen Hafenbetriebe ist einstweilen nur der Vertrag für die Ewerführer soweit gediehen, daß in der nächsten Woche die Arbeiter zu dem Angebot der Unternehmer Stellung nehmen können. Endlich ist noch in Harburg, wo der Hafenbetriebsverein die Sache der Unternehmer führt, am Donnerstag mit den Verhandlungen begonnen worden; für die Arbeiter nimmt die Gauleitung des Verbandes an den Verhandlungen teil. — Die Differenzen auf der Vulkanwerft in Hamburg sind noch nicht beigelegt. Gegenwärtig ist erst in eine materielle Untersuchung über die Ursache der Differenzen eingetreten. Der Streik dauert einstweilen unverändert fort.

Harburg. Heidebrand. Donnerstag nachmittag brannten etwa 300 Morgen Heide und Wald, die den Hofbesitzern des Ortes Lindhorst bei Hittfeld gehörten, nieder. Ein in Lindhorst bediensteter Knecht, der nicht ganz zurechnungsfähig sein soll und dort Heide baute, zündete die Heide an, um zu sehen, wie sie brannte. Das Feuer breitete sich mit rasender Schnelligkeit aus. Den vereinten Anstrengungen der Feuerwehren der Umgegend gelang schließlich die Bezwingung des Feuers. — Totgefahren. Der Packmeister Buller aus Osnabrück, der Donnerstag mittag mit dem Zuge von Harburg in Buchholz eintraf, wurde, als er beim Verlassen des Zuges das erste und zweite Gleis überschritt, von der Maschine des von Rotenburg kommenden Personenzuges überfahren und war sofort tot.

Neumünster. Eine neue Aussperrung perfekt. Die Firma Julius Wagner, Lederfabrik, hat gestern zirka 70 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, weil dieselben es abgelehnt, eine von der Firma diktierte Änderung der Arbeitsordnung zuzustimmen. Die hiesige bürgerliche Presse berichtet bereits von einer Arbeitseinstellung. Dieser Bericht ist nicht den Tatsachen entsprechend, da noch kein Arbeiter resp. keine Arbeiterin bis jetzt die Arbeit eingestellt hat.

Kiel. Ein schwerer Unglücksfall beim Baggern, dem zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, ereignete sich in der Nacht zum Freitag um 11 Uhr auf dem Baugelände des neuen Güterbahnhofs. Dort war auf dem Terrain der ehemaligen Ziegelei Tonberg eine 15 Meter hohe Lehmwand wegzubaggern, an der Spuren einer gefahrdrohenden Erdbewegung wahrgenommen wurden. Obwohl er darauf aufmersam gemacht wurde, ließ der Bauführer Urbatsch die Arbeit fortsetzen. Alsbald lösten sich von der Wand 50 bis 60 Kubikmeter schweren Bodens, zertrümmerten den Bagger und verschütteten drei auf demselben beschäftigte Leute. Die in der Umgegend beschäftigten Arbeiter sowie die Feuerwehr wurden sofort zur Hilfeleistung herbeigeholt. Es gelang zunächst den Baggermeister Gebler zu befreien, der jedoch so schwer verletzt war, daß er auf dem Transport zum Krankenhause verstarb. Schrecklich waren die Verletzungen des polnischen Heizers Cupernit, der unter dem Dampfkessel lag, durch den ausströmenden Dampf verbrüht und auch sonst so schwer verletzt war, daß er gestern morgen verstarb, wohingegen der dritte Verschüttete, der Führer des Baggerlöffels, mit geringeren Verletzungen davongekommen ist. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde der Bauführer Urbatsch verhaftet. Das Rettungswerk wurde dadurch erschwert, daß bei dem Einsturz die Bagger-Beleuchtung erloschen war.

Heide. Blutiger Überfall und Brandstiftung. In der Nacht zum Freitag wurde die Frau des Schneidermeisters Lüthge, der von Hause abwesend war, im Schlafe von einem Unbekannten überfallen und mit einem Küchenbeil am Kopf und den Händen schwer verletzt. Dann begoß der Unhold die Betten mit Petroleum und zündete sie an. Die nebenan schlafende Tochter hörte ihre Mutter stöhnen und spürte Brandgeruch. Als sie in das Schlafzimmer trat, fand sie die Mutter besinnungslos und blutüberströmt am Fußboden liegen. Die schwer verletzte Frau wurde sogleich ins Krankenhaus gebracht.

Flensburg. Ertrunken. Im Alsensund kenterte ein Marinesegelboot. Der Insasse, Kapitänleutnant Dettring, ist ertrunken. Der Verunglückte, der unverheiratet war, stammt aus Stettin.

Wilhelmshaven. Ein militärisches Schreckensurteil. Aus Wilhelmshaven kommt folgende lakonische Meldung: Das Kriegsgericht der zweiten Marineinspektion hat am Freitag zwei Heizer wegen militärischen Aufruhrs zu je fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Da Einzelheiten über die Verhandlung fehlen, so können wir noch nicht angeben, welche furchtbaren Verbrechen die beiden zu so schwerer Strafe verurteilten Heizer begangen haben. Aber wer die Härten unserer Militärjustiz kennt; wer insbesondere weiß, was diesem Ausnahmerecht alles als „Aufruhr" gilt; wer sich der schweren Strafen erinnert, die Kriegsgerichte schon so häufig wegen Bagatellen verhängt haben, der wird sicher mit uns unter dem Eindruck stehen, daß die Militärjustiz auch in diesem Falle Urteile verhängt hat, die mit dem Rechtsempfinden des Volkes in krassem Widerspruch stehen. Wir werden, wenn näheres bekannt ist, auf die Sache zurückkommen.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch endlich die Gehaltsregulierung der Beamten in vertraulicher Sitzung erledigt. Die Beamten hatten in ungezählten Petitionen gegen die geplante Regulierung protestiert. Während die Verhandlungen auch jetzt noch geheim gehalten werden müssen, sind die gefaßten Beschlüsse freigegeben. Die Gehaltsregulierung hat den einen Vorteil, daß die Beamten in 31 Gehaltsklassen eingereiht werden. Die Bürgerschaft hat nicht weniger als zwei Jahre gebraucht, um diese Regierung zu Ende zu führen. Die Gehälter der unteren Beamten sind, wie immer, am geringsten erhöht worden. Die untersten Beamtengehälter beginnen mit 1450 Mk. und steigen bis 1750 Mark, ein Existenzminimum, mit dem ein Beamter seine Familie bei den heutigen teuren Zeiten nur notdürftig erhalten kann. Die Schreiber müssen mit 850 Mark bis 2400 Mark zufrieden sein. Die Erhöhung tritt für die Gehaltsklassen von 1 bis 19 (mit einem Höchstgehalt bis zu 5000 Mark) vom 1. Januar 1912 in Kraft, für die übrigen mit dem Inkrafttreten des Gesetzes. Die Volksschullehrer sind mit 2200 Mk. bis 4800 Mk., die Lehrerinnen mit 1700 Mk. bis 3200 Mk., die Hilfslehrer mit 1400 bis 1700 Mk., die Hilfslehrerinnen mit 1300 bis 1500 Mk. normiert. Die Alterszulagen für Lehrer und Lehrerinnen sind leider von sechs auf acht erhöht worden, wodurch das Höchstgehalt recht spät erreicht wird. — Der Bremer Kunststreit hat heute sein vorläufiges Ende erreicht. Die Bürgerschaft hat die Erhöhung des Zuschusses an den Kunstverein (50 000 Mk.) bewilligt, den gefaßten Beschluß aber dem Vorstande drei von Senat und Bürgerschaft gewählte Mitglieder zuzugesellen, auf Antrag des Senats rückgängig gemacht. Genosse Rhein trat hierfür energisch ein, betonend, daß die Laien unmöglich zu Kontrolleuren für die sachverständigen Leiter der Kunsthalle gemacht werden könnten.

Bremerhaven. Maifeieraussperrung. In Bremerhaven sind 4000 Werftarbeiter wegen Beteiligung an der Maifeier auf drei Tage ausgesperrt worden.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Wenn Frauen schweigen:" Lustspiel in 3 Akten von W. Wolters. Das Publikum unterhielt sich gestern abend ganz vortrefflich, was sowohl auf das Konto des durchweg recht amüsanten, wenn auch nicht übermäßig witzigen Stückes, als auch der flotten Darstellung zu setzen ist. Zu längeren Betrachtungen gibt das Lustspiel, welches eine beinahe in die Brüche gegangene Verlobungsgeschichte behandelt, keinerlei Veranlassung. Es ist nach alten bewährten Rezepten zusammengebraut und hält sich frei von irgendwelchen Überraschungen und verblüffenden Effekten. Herr William Büller, an den meisten deutschen Bühnen ein gerngesehener Gast, spielte einen gesinnungstüchtigen Kommerzienrat mit sprudelndem Humor. Ihn unterstützten die Damen Laudien, Hilbrecht und Gerlach, sowie die Herren Hoß, Heydecker und Pauly in wirkungsvollster Weise. Das gut besetzte Haus spendete lebhaften Beifall. P. L.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 6. bis 15. Mai 1912:

Neues Stadttheater. Montag, 6. Mai: „Martha", Oper von Fr. v. Flotow. „Phantasien im Bremer Ratskeller", Ballettdivertissement von E. Graeb, Musik von Steinmann. — Dienstag, 7. Mai: 1. Festspielabend: „Tristan und Isolde", Musikdrama von Rich. Wagner. — Mittwoch, 8. Mai: „Wenn Frauen schweigen" Lustspiel von Wilhelm Wolters. — Donnerstag, 9. Mai 2. Festspielabend: „Die Walküre", Musikdrama von Rich. Wagner. — Freitag, 10. Mai: „Die Hoffnung auf Segen", Drama aus dem Seemannsleben von Heisermann. — Sonnabend, 11. Mai: 3. Festspielabend: „Die Meistersinger von Nürnberg", Oper von Richard Wagner. — Sonntag, 12. Mai: „Carmen", Große Oper von G. Bizet. — Montag, 13. Mai: Letzter Festspielabend: „Judith", Schauspiel von Hebbel. — Dienstag, 14. Mai: „Die Magd als Herrin" (Serva pa drona.) Buffo-Oper von Pergolesi. „Joseph in Egypten", Oper von Mehul. — Mittwoch, 15. Mai: Abschieds-Vorstellung für die Herren v. Schenck und Langefeld: „Zar und Zimmermann", Komische Oper von Albert Lortzing. — Schluß der Spielzeit.

Stadthallen-Theater. Sonntag, 5. Mai: „Die Erbtante, Schwank von Ernst Albert. — Sonntag, 12. Mai: „Wenn Frauen schweigen", Lustspiel von Wilhelm Wolters.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die Zustände auf der Reparatur-Werkstätte der Lübeck-Büchener Eisenbahn.

Man sollte eigentlich annehmen, daß in einem Betriebe, wie der Lübeck-Büchener Eisenbahn, wo jedes Jahr so anständige Dividenden an die Aktionäre verteilt werden, nicht noch solche Zustände herrschen, wie sie jetzt hier geschildert werden sollen. Wir wollen zunächst einmal die Lohn- und Arbeitsverhältnisse etwas näher betrachten. In der Hauptsache ist die Akkordarbeit am Platze; wird im Lohn gearbeitet, so beträgt derselbe für Handarbeiter anfangs noch zuweilen 28 Pfg. pro Stunde und für Handwerker 34 Pfg. — ein Lohn, der zum Leben bei diesen teuren Zeiten doch wohl viel zu niedrig ist. Wie schon erwähnt, wird hauptsächlich im Akkord gearbeitet und wie sieht nun dieser Akkord aus? Von einer Garantierung des Stundenlohnes kann überhaupt keine Rede sein. Bei einer mehrere Wochen währenden Akkordarbeit werden 14tägig Abschlagszahlungen in Höhe des Wochenlohnes gezahlt; da ist es nun schon mehrfach vorgekommen, daß Handwerker bei der Restzahlung mit einem vierzehntägigen Lohn von 5 Mk. (fünf Mark) haben zu Hause gehen müssen, in einem Falle gerade zur Mietezeit. Sie haben also weniger im Akkord verdient, als ihr Wochenlohn beträgt. Die Arbeiter und Handwerker erfahren niemals richtig, was sie eigentlich für ihre geleistete Arbeit zu verlangen haben. Auf dem vierwöchentlichen Lohnabrechnungszettel ist dieses nicht zu ersehen und so denkt mancher, er hat 4 Wochen gut gearbeitet und gut verdient; er erhält aber sehr wenig ausbezahlt. Zu anderer Zeit hat er wenig Arbeit gehabt und erhält viel ausbezahlt, denn es ist da so gang und gäbe, daß erst die Arbeit gemacht und dann der Akkord vereinbart wird. Ferner sind die Arbeiter und Handwerker der Ansicht, daß es auch wohl manchmal etwas nach Gunsten zu gehen scheint. Wenn jüngere und ältere Arbeiter in einer Kolonne zusammen arbeiten und ein und dieselbe Arbeit verrichten, so ist der Verdienst doch nicht derselbe. Es müßte doch wenigstens der Akkordüberschuß gleichmäßig verteilt werden und nicht prozentual nach dem Lohn; auch müßte jeder Arbeiter und Handwerker einen Einblick nehmen können in die Akkordzettel, diese gehen aber nur bis zum Kolonnenführer. Als ein großer Übelstand ist es ferner anzusehen, daß man nicht zu jeder Zeit Material vom Magazin erhalten kann, dazu kommt denn noch in der Lokomotivabteilung, daß, wenn Maschinen auseinander genommen sind, die einzelnen Teile erst vom Werkmeister besichtigt werden müssen. Dieser Herr läßt aber manchmal auf Kosten der Arbeiter recht lange auf sich warten; es ist schon vorgekommen, daß es vierzehn Tage gedauert hat und auf einmal heißt es dann, die Maschine muß bis zu der und der Stunde fertig sein. Um dieses denn nun bewerkstelligen zu können, werden aus anderen Kolonnen Handwerker hinzugezogen, um die Arbeit möglichst schnell fertig zu stellen und ist es hierdurch dem Kolonnenführer dann allemal nicht möglich, die Arbeit so einzuteilen, daß jeder dabei voll und ganz in Arbeit ist, weil er auch die einzelnen Teile aus der Schmiede und Dreherei nicht so schnell erhalten kann. Diesem Übelstand wäre leicht abzuhelfen, wenn der betreffende Werkmeister etwas mehr auf dem Posten wäre und den Arbeitern etwas mehr Entgegenkommen zeigte. Ein weiterer Übelstand ist, daß nur eine Viertelstunde Frühstück gewährt wird. Es muß doch jedem klar sein, daß vor allem ältere Arbeiter nicht in der Lage sind, in so kurzer Zeit ihr Brot zu verzehren, da wäre eine halbe Stunde wohl nicht zu viel. Ein Raum zum Einnehmen des Frühstücks ist überhaupt nicht vorhanden und sind daher die Arbeiter aus einigen Ressorts gezwungen, im Winter bei der größten Kälte ihr Frühstück im kalten Schuppen zu verzehren. Auch sind Schränke zum Aufbewahren der Kleidungsstücke nur im beschränkten Maße vorhanden. Ferner läßt das Reinigen und Spülen der Aborte viel zu wünschen übrig, auch die Pissoire sind nicht überdacht und zum Teil von der Straße aus sichtbar, gleichfalls sind die Waschvorrichtungen in allen Schuppen sehr mangelhaft. Ferner ist das Anheizen der Maschinen im Maschinenschuppen nicht fördernd für die Gesundheit der Arbeiter, weil nur dadurch noch mehr schlechte Luft erzeugt wird. Sollen nun alle diese Übelstände zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt und abgeändert werden, so wäre es sehr am Platze, daß ein Arbeiterausschuß gewählt würde aus den Reihen der Arbeiter, der dann Beschwerden und Wünsche der Arbeiter der Verwaltung vorbringen könnte, damit sie geregelt würden. F.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 3. Mai.

1. Qualität	118—120 Mk.
2. „	110—115 „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	114—116 „
do. II. do.	112—113 „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 3. Mai.

Auftrieb 4743 Schweine. Markt mäßig rege geräumt. — Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 68,— bis 70,— (54,50 bis 56,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 67,— bis 68,— (53,50 bis 54,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 66,50 bis 67,50 (52,— bis 53,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 66,— bis 67,— (51,50 bis 52,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,— bis 65,— (45,50 bis 49,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 63,— bis 64,00 (50,50 bis 51,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 58,00 bis 62,00 (45,00 bis 48,50) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Bedeutende Lagerbestände in

Herren- und Knaben-Garderoben

aus nur neuesten Stoffen, in modernster, gediegenster Verarbeitung kaufte ich

weit unter Preis.

Große Posten

Herren-Anzüge solide dunkle Kammgarn- und Cheviotstoffe in verschiedenen Formen . . . . . durchweg **19⁵⁰**

Herren-Anzüge moderne zweireihige Formen aus Stoffen im engl. Geschmack . . . . . durchweg **24⁵⁰**

Herren-Anzüge aus dunkel gemusterten Kammgarn- u. Cheviotstoffen in tadelloser Verarbeitung . . durchweg **29⁵⁰**

Herren-Anzüge in bräunlichen u. grünlichen Cheviot- und Noppenstoffen, zweireihigse Fasson durchweg **39⁵⁰**

Große Posten

Knaben-Anzüge in Blusenform aus blauen u. farbigen Stoffen durchweg **3⁵⁰**

Knaben-Anzüge in Prinz-Heinrichform aus blauen oder gemust. Stoffen durchweg **6⁵⁰**

Knaben-Anzüge in engl. u. Norfolk-Formen eleg. Verarbeitung durchweg **9⁷⁵**

Große Posten

Jünglings-Anzüge aus soliden Strapazierstoffen in verschiedenen Formen . . . . . durchweg **16⁵⁰**

Jünglings-Anzüge ein- und zweireihige Fassons aus Stoffen im engl. Geschmack . . . . . durchweg **21⁵⁰**

Jünglings-Anzüge aparte Neuheiten in tadelloser moderner Verarbeitung . . . . . durchweg **26⁵⁰**

Jünglings-Anzüge aus modernen Cheviot- und Noppenstoffen in eleganter Ausführung . . . . . durchweg **32⁵⁰**

Herren- und Knaben-Hüte

Sommer-Neuheiten

Herren-Hüte steife Form in schwarz . . . . **2⁶⁵ 3⁵⁰ 4⁷⁵** und höher.

Herren-Hüte weiche Form, in Filz und Stoff **2⁵⁰ 3⁵⁰ 4⁵⁰** und höher.

Jachtklub-Mützen in blau und farbig . . . . . **95 ₰ 1⁴⁰ 2²⁵** und höher.

Sport-Mützen aus Stoffen in engl. Geschmack **60 ₰ 1³⁵ 2²⁰** und höher.

Neuheit

Wasch-Südwester in vielen Farben mit aufgeschlagenem Rand **70 ₰ 1²⁰ 1⁶⁰ 2²⁵**

Heinerle-Hüte in weißem, gelbem und grünem Stroh **48 ₰ 80 ₰ 1⁴⁵ 2³⁵**

Sommer-Neuheiten

Herren-Strohhüte in Kniff- und Panamaform, weiß und farbig . . . . . **95 ₰ 1²⁰ 1⁹⁵** und höher.

Herren-Strohhüte flache Form mit breitem Rand **70 ₰ 1²⁰ 2¹⁰** und höher.

Knab.-Formhüte Panamaform in weiß u. farbig **95 ₰ 1³⁵ 1⁶⁵** und höher.

Kinder-Hüte in Matrosen- und Glockenform **85 ₰ 1²⁰ 1⁷⁵** und höher.

Moderne Schuhwaren

Damen-Schnürstiefel in solider haltbarer Ausführung in Boxcalf und Chevreau, mit und ohne Lackkappe, schwar. und farbig . . . . . Paar **7²⁵ 8⁵⁰**

Damen-Schnürstiefel moderne saubere Machart, äußerst bequeme Form, Boxcalf und Chevreau, mit u. ohne Lackkappe, schwarz u. farbig Paar **10⁵⁰ 12⁵⁰**

Damen-Halbschuhe in allen neuen Sommer-Modellen in breit. und schlanken Formen, schwarz u. farbig Paar **7²⁵ 8⁵⁰**

Damen-Halbschuhe besonders modern ausgeführt, in prima Boxcalf und Chevreaux, schwarz u. farbig Paar **10⁵⁰ 12⁵⁰**

120)

Preiswerte

Kinderstiefel schwarz und braun, Normalform
Größe 27/30 Paar **4⁹⁰** Größe 31/35 Paar **5⁶⁰**

Rindleder-Sandalen

Gr. 25/26	Gr. 27/30	Gr. 31/35	Gr. 36/42
2⁵⁰	2⁷⁵	3²⁵	4²⁵

Segeltuch-Turnschuhe mit Gummisohle in prima Verarbeitung

Gr. 25/26	Gr. 27/30	Gr. 31/35	Gr. 36/42
1⁶⁵	1⁸⁵	2¹⁰	2⁵⁰

Herren-Schnürstiefel gediegene, dauerhafte Verarbeitung, in Rindleder und Rindbox . . . . . Paar **6⁵⁰ 7²⁵**

Herren-Schnürstiefel besonders gute solide Fabrikate, in nur neuesten Formen, Boxcalf . . . . . Paar **8⁵⁰ 10⁵⁰**

Herren-Schnürstiefel ausgewählte moderne Sommerneuheiten in rahmengenähter Goodyear-Weltware schwarz und farbig . . . . . Paar **12⁵⁰ 15⁵⁰**

Herren-Halbschuhe streng modern gearbeitet, in amerikanischen Formen, schwarz u. farbig Paar **10⁵⁰ 12⁵⁰**

Sonntag ist mein Geschäft bis 6 Uhr geöffnet.

Rudolph Karstadt.

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 104. Sonnabend, den 4. Mai 1912. 19. Jahrg.

Die Streikjustiz im Ruhrgebiet.

Drakonische Urteile gegen Streikbrecher sind in Preußen-Deutschland ja keine Seltenheit. Aber beispiellos steht entschieden die Streikjustiz da, die nun schon seit der ersten Streikwoche geübt wird. Und nicht allein die Streikjustiz als solche ist es, die wir in diesem Umfang, in dieser Eile, in dieser Rücksichtslosigkeit, in dieser Härte, in dieser Verschiedenheit hinsichtlich des Strafmaßes bisher noch nicht erlebt haben und die deshalb die größte Aufmerksamkeit verdient.

Was zunächst Beachtung verdient und Erklärung heischt, ist die Frage: Woher diese Massenhaftigkeit der Anklagen? Die große Zahl der am Streik beteiligt Gewesenen erklärt das nicht. Auch nicht die zweifellos erheblich größere Aufregung, in der die Streikenden und ihre Angehörigen sich diesmal befunden haben und die sich sehr einfach erklärt aus der bisher im Ruhrgebiet nicht erlebten Tatsache eines von Arbeiterführern organisierten Streikbruchs, der verräterischen Haltung der bürgerlichen Presse, dem Aufmarschieren der bewaffneten Macht schon vor Ausbruch des Streiks und deren provokatorisches Vorgehen. Allerdings hagelte es schon während der ersten Streiktage aus Anlaß der Zusammenstöße in Herne und Bochum Strafanzeigen. Aber woher kamen sie? Alle von den Polizeibeamten und Gendarmen, die „genötigt" gewesen waren, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Natürlich waren sie immer die Angegriffenen. Die Gewissenhaftigkeit und die Promptheit, mit der die Beamten die Anzeigen erstatteten, war einfach verblüffend. Wenn die vorgesetzten Behörden die Anweisung gegeben hätten, unter allen Umständen auch die geringste Kleinigkeit anzuzeigen, dann hätte es nicht besser ausgeführt werden können.

So wurde das erste Material geschaffen und so war es möglich, daß schon in der ersten Streikwoche die ersten Streiksünder vom Herner Schöffengericht abgeurteilt wurden. Castrop folgte sogleich mit erstaunlichen Strafen auf dem Fuße. Von einer Anklage gegen die Beamten, die den jungen ganz unbeteiligten Mann in Herne und die Arbeitswilligen von Sevinghausen erschossen haben, verlautet noch nichts!

Um so systematischer und fleißiger wurde nach jedem Auflauf — der oft erst von der Polizei verursacht oder doch erst durch ihr Vorgehen zu einem Zusammenstoß sich gestaltete —, auf die Missetäter gefahndet. Jedes Haus, aus dem vermeintlich gerufen oder geworfen worden war, wurde sofort oder nachträglich von oben bis unten durchsucht. Wer nach Angabe eines „guten Nachbars" — und deren gab es ja doch in diesem von den Christenführern unter Entfachung der niedrigsten Leidenschaften gebrochenen Streik leider zu viele — irgend etwas „verbrochen", der wurde unweigerlich verhaftet und meist in Untersuchungshaft genommen. Gleichviel ob Mann — ob Frau. In Recklinghausen wurden vier Frauen, die beschuldigt waren, „Streikbrecher", „Pfui" 2c. gerufen zu haben, sogar unter einer starken militärischen Eskorte zum Wachtlokal gebracht. (In der Gerichtsverhandlung mußten sie freigesprochen werden.)

Dann kam das Ende des Streiks. Nicht aber das Ende der Suche nach Streiksündern. Im Gegenteil! Jetzt setzte eine neue Jagd auf sie ein. Die wiederanfahrenden Bergleute wurden zunächst gefragt, weshalb sie nicht zur Arbeit gekommen, ob sie etwa bedroht worden seien. Natürlich fanden sich genug, die die Frage bejahten. Teils, weil es ihnen eine gute Ausrede schien, teils weil sie sich als brave Fridoline geben wollten. Nicht zum letzten aber bejahten viele die Frage gedankenlos, weil ihnen zu verstehen gegeben wurde, daß sie die Kontraktbruchstrafe wiederbekämen, wenn sie durch Drohungen von der Arbeit abgehalten worden seien. Sie wußten nicht, daß ihnen nach der Bejahung gleich ein Schriftstück zur Unterschrift unterbreitet wurde, das eine Denunziation gegen den angeblichen Beleidiger oder Bedroher enthielt.

Damit aber noch nicht genug. Die christlichen Bergleute waren von ihren Führern derart fanatisiert worden, daß diese massenhaft aus eigener Initiative Strafanzeigen machten. Es war ja so bequem. Man brauchte es nur dem ersten besten Polizeibeamten zu sagen. Man brauchte es nicht einmal selbst; es genügte, wenn die Frau es besorgte. Ja Anzeigen von Kindern sind angenommen worden. So wurde in einer Verhandlung vor einer der Bochumer Strafkammern festgestellt, daß eine gute Nachbarin durch das 12jährige Mädchen anderer Leute eine Frau bei einem Polizeibeamten bezichtigen ließ, diese habe Arbeitswillige mit einem Stock in der Hand „ehrverletzt und bedroht", auch auf polnisch beschimpft. In der Beweisaufnahme stellte sich heraus, daß die Frau (eine Thüringerin!) kein Wort polnisch kann, daß sie tatsächlich auch nicht geschimpft, sondern daß dies Polenfrauen getan; daß sie lediglich scherzweise zu zwei vorübergehenden Arbeitswilligen gesagt: „Wartet nur, sie werden Euch noch die Ohren abschneiden! — Die also „Bedrohten" gaben selbst zu, daß sie die Äußerung gar nicht ernst aufgefaßt haben. Und dennoch verurteilte das Gericht die mit einem Säugling auf dem Arm in der Anklagebank stehende Frau zu drei Tagen Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153. — In derselben Verhandlung wurde festgestellt, daß jene Frau, die das Mädchen mit der Anzeige betraut, ihr eigenes schulpflichtiges Mädchen in 8 Fällen zu solch schmutzigen Denunziationszwecken mißbraucht hatte. In einem anderen Falle sind nicht weniger denn 16 Denunziationen durch ein Kind besorgt worden! — Alte ungestillte Rachegelüste werden jetzt auf die einfachste Weise befriedigt. Es genügt ja ein einziger Zeuge, der eine positive Aussage macht, um den auf solche oder ähnliche Weise unter Anklage Gebrachten zu „überführen", mag er auch so glücklich sein, Zeugen beibringen zu können, die die angebliche Äußerung nicht gehört haben. „Dann ist ihnen die Äußerung eben entgangen" — heißt es fast regelmäßig in der Begründung des Urteils.

So ist es denn wohl nicht mehr verwunderlich, wenn die Zahl der Streikprozesse sich der Ziffer 3000 nähert. Auch kaum verwunderlich, wenn die Anklageschriften, wenn das ganze Vor- und Hauptverfahren vielfach den einfachsten gesetzlichen Anforderungen nicht entspricht. Die Staatsanwaltschaften versinken förmlich in der Flut von Anzeigen, die Gerichte in der Masse der Strafanträge, Haftbeschlußanträge 2c. „Im Interesse der Angeklagten" — so stellen es die Oberstaatsanwälte von Hamm und Düsseldorf auf eine Beschwerde des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes wegen der Aufhebung der einwöchigen Ladungsfrist dar — wird die Aburteilung so beschleunigt. Gewiß, die Beschleunigung an sich ist wünschenswert. Aber sie wurde und wird zum Teil noch so gehandhabt, daß die in Haft befindlichen Angeklagten, meist junge, in fast allen Fällen aber gesetzesunkundige Männer und Frauen, nicht einmal einen Rechtsanwalt erreichen können. So kommen täglich die unglaublichsten Urteile zustande. Selbst noch in solchen Fällen, wo tüchtige Anwälte den Angeklagten zur Seite stehen. Ablehnung der Richter wegen Befangenheit, wie dies z. B. in Dortmund die Anwälte Frank I, und Dr. Elias, in Duisburg Rechtsanwalt Markwitz, in Herne Dr. Löbenstein versucht haben, waren erfolglos.

Dazu kommt die immer auffälliger hervortretende Verschiedenheit in der Bemessung der Strafen für die gleichen Vergehen. Während eine Kammer das Wort Streikbrecher als einfache Beleidigung mit 10 Mk. bestraft, erkennt die andere wegen desselben Ausdrucks als Vergehen gegen den § 153 — mit dem hier förmlich Schindluder getrieben wird — auf eine Woche bis einen Monat Gefängnis. Andere Kammern gehen, wenn sie auf Geldstrafe erkennen, was anfangs gar nicht, in den letzten Tagen mehrfach vorgekommen, damit auf 50, 60 und 100 Mk. Eine Strafe, die für arme, zahlungsunfähige Leute im Effekt noch schwerer ist, wie eine Freiheitsstrafe, weil bei der Umrechnung der Geldstrafe in Freiheitsstrafe eine längere Zeit herauszukommen pflegt, als wenn sie direkt zu Gefängnisstrafe verurteilt worden wären.

So überlastet Staatsanwälte und Gerichte aber auch sind — einzelne sollen unter der Last der Arbeit allgemach zu stöhnen anfangen — so vergessen sie doch selten, in der Verhandlung die Belastungszeugen zu veranlassen, noch Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen, wenn die anderen Anklagepunkte wegzuschwimmen drohen. Und es gibt Gerichte, die bereitwilligstes Entgegenkommen zeigen. In Bochum sahen wir sogar, wie der Vorsitzende selbst die Initiative zu einem solchen Antrage ergriff.

Man muß tagelang, wochenlang Zeuge dieser Verhandlungen gewesen sein, um sich ein richtiges Bild von der Streikjustiz machen zu können, die zurzeit im Ruhrgebiet geübt wird. Ein Trost nur bleibt einem bei diesem letzten Akt der Tragödie: Die da auf solch schmerzliche Weise die preußische Gerechtigkeit an ihrem eigenen Leibe erfahren müssen, die werden mit wenig Ausnahmen die erbittertsten Feinde eines Staates werden, der ihnen eine solche Rechtspflege angedeihen läßt, eine Rechtspflege, die sich auszeichnet nicht nur durch die sofortige, vielfach nachgewiesene grundlose Verhaftung mit obligaten Mißhandlungen, sondern auch durch die Einpferchung in ekelerregende Haftzellen bei Fortnahme der Hosenträger, als handle es sich um Schwerverbrecher. Eine Rechtspflege, die sich weiter auszeichnet durch die nachgerade berühmt gewordenen Polizeiprotokolle, in denen die Angeschuldigten sich vielfach selbst mehr oder minder belasten, die aber — wie die Angeklagten in der Hauptverhandlung fast ausnahmslos erklären, entweder infolge Mißverständnis zustande gekommen oder unterzeichnet worden sind, weil ihnen gesagt wurde, daß sie sonst nicht aus der Haft entlassen würden. Ein klassisches Beispiel dafür bietet jener Fall, wo in Buer ein Mann, dessen Frau im Kindbett lag, ganz unschuldigerweise verhaftet, verprügelt und in Haft behalten worden war. Eine Rechtspflege, die sich endlich auszeichnet durch die verschiedenen ungesetzlichen Merkmale im eigentlichen Hauptverfahren, bis zur Verurteilung und Ablehnung der Anträge auf einstweilige Haftentlassung, selbst wenn die Strafen nicht die Höhe erreichten, bei denen sonst die Haftentlassung abgelehnt zu werden pflegt.

Wer aber da von Klassenjustiz redet, der ist ein böser Verleumder.

Die Evangelistin.

Psychologische Studie von Alphonse Daudet.

(30. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Und dann dieser Besuch in einer Presbyterianer Kirche zu Cincinnati.*) „Und aus dieser wirren Masse menschlicher Geschöpfe, hingestreckt auf den Steinplatten, stiegen hystertische Seufzer, Schluchzen, dumpfes Stöhnen, unartikulierte wilde Schreie auf. . . . Ein sehr hübsches Mädchen kniete vor uns in der Stellung der Magdalena von Canova, nachdem sie Unglaubliches in methodistischen Reden geleistet, zerfloß sie in Tränen und rief ihr „Fluch! Fluch über die Apostaten! . . . . . Höre mich, höre mich, o Jesus! . . . . Als ich fünfzehn Jahr alt war, starb meine Mutter und ich wurde eine Abtrünnige. Vereinige mich wieder mit meiner Mutter, o Jesus, denn ich bin sehr, sehr müde. Oh! John Mitchell! Oh! John Mitchell!"

Das ist die Krankheit der „Revivalen", wie man sie in Irland nennt. Alle Arbeiterinnen vom Port-des-Heils waren auch davon befallen; Eline Ebsen gefährlicher als die andern, gesteigert durch eine natürliche nervöse Stimmung, in welche sie durch den Tod ihrer Großmutter und durch die Manöver von Johanna Autheman versetzt worden. Es war eine wirkliche Krankheit mit sich wiederholenden Anfällen. Am Abend zurückgekehrt in die Einsamkeit ihres kleinen Zimmers, fühlte sie ihr Herz wieder normal in kindlicher Liebe zur Mutter schlagen. Sie hatte gut sich zu wiederholen, daß das Heil ihrer Mutter die Trennung gebiete, daß die Prüfungszeit nötig sei, um sie Jesu näher zu bringen, sie hatte gut alle Bibelsprüche zu Hilfe zu rufen; das Andenken an die friedlichen mit der Mutter verlebten Tage, und die Liebe zu dieser, nahmen sie ganz in Anspruch und hinderten sie am Beten.

Ach! Diese Stunden ohne Glauben, ohne Herzensergießungen, dies Märtyrertum der guten Priester, Stunden, wo die Worte wie Eis von trockenen und harten Lippen fallen, wo die heilige Therese sich am Fuße des Kruzifixes windet und die innere Bewegung des göttlichen Opfers sucht, wobei sie aber kalt die Wunden zählt, welche das Elfenbein röten, ... in solchen Stunden erscheint Frau Ebsen ihrer Tochter und breitet ihr weinend die Arme entgegen.

„Komm zurück, komm zurück, wir wollen glücklich sein! Was habe ich Dir getan?"

In diesen Vorspiegelungen, welche die Nacht heraufbeschwor, sah Eline ihre Mutter, hörte sie und rief sie nun ihrerseits, sprach schluchzend zu ihr, bis sie dieses entsetzlichen Kampfes müde, ihre Hand nach einem gefüllten Glase ausstreckte, welches Anna de Beuil jeden Abend selbst zurechtmachte, und welches sie endlich in den Schlaf sinken ließ, aus dem sie am Morgen gedankenlos, willenlos, selbst ohne Tränen erwachte.

In diesen Tagen verließ sie ihre Zelle nicht, und hinter den angelaufenen kleinen Fenstern des Schweizerhauses beobachtete sie, wie die langen Waterproofs des Werkes zwischen den Bäumen dahingleiten, verzückte Gebärden machen und träumerisch stehen bleiben, wie man es auf den Höfen der „Salpêtrière"*) manchmal zu sehen bekommt. Die Blätter wirbelten unter dem bedeckten Himmel, die aufgetürmten Wolkenmassen zerteilten sich und lösten sich in feinem Regen auf. Bei dieser Verwandlung von Schatten und Licht folgte ihr ein Auge, dasselbe vielleicht, welches ihre Mutter betrachtet, ganz in der Nähe, von ihrem Krankenbett aus; und manchmal hatte Eline, wie magnetisch berührt durch den Austausch von Gedanken, welcher so mächtig ist zwischen zwei Wesen die sich lieben, eine Art Ahnung von dieser Nachbarschaft.

Eines Morgens fand Frau Autheman sie ganz in Tränen aufgelöst.

„Was gibt es denn?" fragte sie mit hartem Tone.

„Meine Mutter ist krank, hier ganz in der Nähe."

„Wer hat es Ihnen gesagt?"

„Ich fühle es."

Im Laufe des Tages erfuhr man in der Tat von der Anwesenheit Frau Ebsens im Schleusenhause. Die Vorsteherin setzte Schwatzhaftigkeit von seiten der Dienstboten voraus, denn niemand ist ungläubiger gegen die Gefühle inneren Zusammenhanges als die gläubigen Orthodoxen. Wenn Mutter und Tochter jetzt zusammenkommen würden, so wäre ihr Einfluß dahin.

„Sie müssen abreisen, Ebsen . . . sind Sie bereit?"

„Ich bin bereit," sagte die arme Ebsen mit einer Stimme, welcher sie Festigkeit zu geben versuchte. Die kleine Aussteuer der Arbeiterin war schnell zusammengebracht, sie war gewiß weniger kompliziert und weniger sorgfältig hergerichtet, als die, zu welcher die Mutter ihre alten Spitzen und Andenken hervorgesucht hatte; es war jetzt die Aussteuer einer armen Erzieherin, und was sie so schwer machte, waren hauptsächlich ganze Stöße Bibeln und Morgenandachten, die noch nach frischer Druckerschwärze rochen . . .

Der Wagen war angespannt, Anna de Beuil stieg hinein, während Frau Autheman Eline umarmte, dann kamen alle ihre Gefährtinnen an die Reihe, auch Fräulein Hammer und J. B. Crouzat, mit einem Worte, die ganze Familie, doch die einzige, die einer Arbeiterin von Port-des-Heils erlaubt war.

„Gehe jetzt, mein Kind und arbeite in meinem Weinberge!"

Der Wagen fuhr langsam die Mauer des Schlosses entlang, da der Weg dort schmal und steil war. Ein kleines Mädchen, welches einen Korb am Arme trug, stellte sich auf die Seite, um ihn vorbei zu lassen, und in den Wagen hineinsehend, erkannte es Eline und rief mit lauter Stimme:

„Mama . . . Mama! . . ."

Ein schwacher, in eine Klage ausgehender Ton antwortete, aber in demselben Augenblicke zog das angetriebene Pferd stärker an und griff dann tüchtig aus. Fanny lief, ihren Korb fest an sich drückend, so schnell es ihre kleinen Füßchen gestatteten, nach, und rief ganz atemlos fortwährend:

„Mama . . . Mama! . . ."

Aber sie konnte nicht folgen, die schweren Kleider sowie die großen Holzschuhe, welche ihre kleinen Füßchen verunstalteten, hinderten sie daran, und bei einem letzten, verzweifelten Anlauf fiel sie hin und tat sich wehe.

Als sie sich wieder erhob, ganz zerschlagen, die Händchen und die Haare mit Schmutz bedeckt, aber ohne eine Träne zu vergießen und immer den Korb fest an sich gedrückt, war der Wagen schon ganz oben auf dem Wege. Das Kind sah ihm eine Minute nach, unbeweglich und ernst, mit einer Falte auf der kleinen Stirn, welche nachdachte. Und plötzlich, wie vom Schrecken erfaßt, als ahnte sie, daß hier etwas Fürchterliches geschehen, floh sie in eiligen Sprüngen nach dem Schleusenhause zurück.

*) Geschichte der christlichen Revivals vor Dr. John Chapman. London 1860.

*) Krankenhaus von Paris.

Gewerkschaftsbewegung.

Differenzen im Berliner Fleischergewerbe. Die Berliner Fleischerinnung, der die erfreuliche Entwicklung des Zentralverbandes der Fleischer unbequem zu sein scheint, will alle organisierten Gesellen arbeitslos machen. In einer Innungsversammlung am 30. April wurde beschlossen, alle organisierten Gesellen vom Innungsarbeitsnachweis auszuschließen, sowie ihnen das Betreten des Gesellenhauses bei Strafandrohung des Hausfriedensbruches zu verbieten. Um diesen Beschluß durchzubringen, hatte die Innung den Gesellenausschuß nicht zu der Innungsversammlung geladen, damit er nicht die Meinung der Mehrzahl der Gesellen zum Ausdruck bringen könnte. Es bleibt abzuwarten, was die Aufsichtsbehörde zu diesem ungesetzlichen Innungsbeschluß sagen wird. Die Innung beschloß weiter, diejenigen Innungsmeister, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, aus der Innung auszuschließen.

Streik der städtischen Arbeiter in Tilsit. Die städtischen Arbeiter Tilsits haben am 30. April mittags die Arbeit eingestellt. Ein wiederholter Verhandlungsversuch der Arbeiter verlief ohne Resultat. Der Streik hat die Bevölkerung der Stadt mobil gemacht. Scharen von Menschen sammeln sich vor der Gasanstalt an, um zu beobachten, wie der Betrieb von den wenigen Arbeitswilligen aufrechterhalten werden soll. Der Magistrat läßt durch die liberale Presse Tilsits die Mitteilung verbreiten, daß für Beleuchtung und Wasser vorgesorgt sei, da der Magistrat mit den Arbeitswilligen und den noch Hinzukommenden die Betriebe aufrecht erhalten werde. Diese Behauptung ist sehr gewagt, denn am ersten Tage blieben 8 Mann im Betriebe und am zweiten nur vier. Diese vier Männer können die ganze Arbeit für die 60 Streikenden nicht leisten. Und die Veröffentlichung in der bürgerlichen Presse ist und bleibt ein frommer Wunsch des Magistrats. Es wird gebeten, nach wie vor jeden Zuzug von Arbeitskräften fernzuhalten.

Zum Streik der Rheinschiffer. Die Abmusterungen haben noch in weiterem Maße zugenommen. Die Hafenbahnhöfe stehen voller Kohlenzüge. Sämtliche Kutter sind gesperrt wegen Andranges. Es streiken bis jetzt 3400 Mann, denen 250 Arbeitswillige gegenüberstehen. Arbeitswillige sind Mittwoch aus verschiedenen Städten angekommen, können aber nicht als Schiffsperson angesprochen werden. Die Schiffahrtspolizei kümmert sich nicht darum, ob die Arbeitswilligen im Schiffahrtsdienst ausgebildet sind. Matrosen müssen eigentlich zwei Jahre gefahren sein, ehe sie als solche gelten. Darum kümmert sich aber die Polizei nicht, auch nicht um die Zahl der Besatzung auf den Schiffen. Die Arbeitswilligen sind auf Polizeibooten und auf städtischen Booten an die Schiffe transportiert worden. Bewilligt haben bis jetzt folgende Firmen: Knippscher; Neue Karlsruher Aktien-Gesellschaft; Wolter; A. und E. Nieten, Karlsruhe; C. G. Meyer, Karlsruhe; L. Hütter, Karlsruhe; Peters-Lopitz; Jakob Belz, Koblenz.

Der Streik der Rheinschiffer. Der Streik gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Die Schleppzüge liegen überall am ganzen Rhein still. Die großen Syndikatsfirmen versuchen ihren Betrieb teilweise dadurch aufrechtzuerhalten, daß sie Kapitäne, Schiffer und erste Maschinisten auf einzelne Fahrzeuge legen. Dies kann aber auf den Streik selbst keinen Einfluß ausüben. Das Wasser fällt ständig, sodaß hieraus den Reedern große Kalamitäten entstehen. Mit kleineren Firmen sind schon sechs Tarife abgeschlossen. Der Kampf wird unverändert gegen die großen Firmen fortgesetzt. Das gesamte Personal ist in die Heimat abgereist. An den Streikorten befinden sich nur soviel Streikende, als zur Bewachung notwendig sind. Die Streikenden rechnen mit einer langen Dauer des Streiks. Streikbrecher sind in der Rheinschiffahrt nicht zu gebrauchen, da sie für die Reeder nur eine Gefahr bilden würden; in der Rheinschiffahrt ist nur geschultes Personal zu gebrauchen.

Soziales.

Die Reaktion in den Berliner Krankenkassen. Die Reichshauptstadt kann die Zahl ihrer Ortskrankenkassen nicht an Händen und Fingern abzählen. Abgesehen von den allgemeinen Ortskrankenkassen einer Anzahl Vororte und Großberliner Städte hat Großberlin noch 53 Ortskrankenkassen für die einzelnen Berufe. Da besteht eine Ortskrankenkasse der Nadler usw. mit 185 Mitgliedern, eine Ortskrankenkasse der Stellmacher mit 220 Mitgliedern, eine Ortskrankenkasse der Brunnenbauer mit 241 und eine Ortskrankenkasse der Tabrikfabrikarbeiter mit 249 Mitgliedern. Die Zigarrenmacher sind mit 3252 Mitgliedern wieder einer Ortskrankenkasse für sich zugeteilt! Neben diesen mittelalterlichen Miniaturausgaben von Krankenkassen die kaufmännisch Pleite machen, wenn einmal zwei Personen mehr krank sind als zu normalen Zeiten, stehen wieder andere Kassen mit 10000 von Mitgliedern. Die Ortskrankenkasse der Schneider hat 64500 Mitglieder, darunter 55800 weibliche, die der Kaufleute 119700, darunter 50000 weibliche. Seit einem Jahrzehnt versuchen die Mitglieder der Kassen alle Mittel, um in einer gemeinsamen Ortskrankenkasse für Großberlin, zum mindesten für Berlin, sämtlich verschmolzen zu werden. Passiert es doch heute oft, z. B. im Baugewerbe, daß ein Bauarbeiter, je nach Lage seiner Baustelle, in einem Jahre drei, ja viermal die Zuständigkeit zur Ortskrankenkasse wechselt. Überall muß er wieder von neuem zahlen, zum Bezug der Höchstleistungen gelangt er nie. Trotzdem, die Regierung will, und will nicht. Einmal würde die Zentralkasse zu groß, zum anderen Male soll die Sache noch überlegt werden. Jetzt machen die Mitglieder der Ortskrankenkassen den Vorschlag, wenigstens die Kassen der Industriegruppen zusammenzulegen, die Regierung wird wieder einmal zu überlegen haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine mißlungene Mansfelder Meineidsaktion. Aus Halle a. S. wird berichtet: Der frühere Bergmann Robert Hempel, später Austräger der Bochumer „Bergarbeiterzeitung", sollte in einem Beleidigungsverfahren gegen den Redakteur Genossen Wagner von der „Bergarbeiterzeitung" vor dem Schöffengericht Eisleben am 5. August v. J. einen Meineid geleistet und einen Bergmann Solf zum Meineid verleitet haben. Hempel, ein Familienvater von vier Kindern und ein bisher unbestrafter Mann, stand deshalb vor dem Schwurgericht. Bekanntlich setzte nach dem großen Streik von 1909 in Mansfeld eine furchtbare Verfolgung der Bergarbeiter ein, an der sich auch die Steiger unter dem Drucke der Kupfer und Schiefer bauenden Gewerkschaft beteiligten. Die „Bergarbeiterzeitung" wehrte sich und veröffentlichte einen Artikel unter der Spitzmarke: „Mansfelder Beamtenwirtschaft". In dem Artikel wurde mehreren Steigern Unredlichkeiten im Dienste der Gewerkschaft nachgewiesen. Die Steiger Brauer, Krone usw. klagten gegen den Redakteur Genossen Wagner wegen Beleidigung. Das Schöffengericht kam aber zur Freisprechung, da Wagner im großen und ganzen den Wahrheitsbeweis geführt und in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. In diesem Prozeß war nun Hempel als Zeuge aufgetreten und sollte bekundet haben, Steiger Krone habe sich von den Bergleuten Solf und Weiß während der Dienstzeit eine Privatlaube bauen und dafür den beiden Schichtlöhne zugute kommen lassen. Und vor dem Prozeß war er bei Solf gewesen, um Erkundigungen einzuziehen, wie sich die Sache verhalte. Aus dieser Erkundigungseinziehung folgerten Solf und Krone die Verleitung zum Meineide. Tatsächlich sagte Solf auch aus, Hempel habe ihn veranlassen wollen, vor Gericht die Unwahrheit zu beschwören. Hempel bestritt dies in dem früheren wie auch in dem jetzigen Verfahren mit aller Entschiedenheit. Und daß Hempel der festen Überzeugung war, ergab die Vernehmung des Bergarbeiters Weiß, der unter Zeugen erzählt hatte, er habe Schichten bezahlt erhalten, ohne dafür Dienste geleistet zu haben. Interessant gestaltete sich in der Beweisaufnahme die Vernehmunn des Gemeindevorstehers von Ziegelrode. Hempel, der dort lange Jahre seinen Wohnsitzt gehabt hat, wurde von dem Gemeindevorsteher als ein friedlicher, ruhiger und guter Mensch bezeichnet. Darauf der Schwurgerichtsvorsitzende: „Zeuge, in einer amtlichen Auskunft haben Sie aber über den Angeklagten ganz etwas anderes gesagt. Da bezeichneten Sie ihn als einen Aufwiegler, der zu Verhetzungen neige." Gemeindevorsteher: „Ja, das mag schon richtig sein; das war aber bei der letzten Reichstagswahl, wo der Angeklagte agitierte." (!) Bei seinem Wegzuge von Ziegelrode am 1. Februar d. J. hat aber derselbe Gemeindevorsteher dem Angeklagten ein sehr gutes Führungsattest ausgestellt. Daraus kann man ersehen, welcher Wert zuweilen solchen „Leumundsattesten" beizulegen ist. Der Staatsanwalt sprach in seinem Plädoyer den wunderhübschen Satz aus: „Der Angeklagte sei ein ganz guter Mensch, aber er sei einer Partei „verfallen", die zur Verhetzung führe. Die Schuldfragen seien zu bejahen." — Die Geschworenen verneinten jedoch die Schuldfragen, infolgedessen der Angeklagte freigesprochen werden mußte.

Aus Nah und Fern.

Das Ende vom Liede. Nach Unterschlagung von 50000 Mark verübte der 35jährige Agent Wilhelm Jeserich in Berlin Selbstmord.

„Lästige Ausländer". Die Vorsitzenden des holländischen Schifferbundes Kehrhoff und van Hoff, die in Ruhrort mit den Vertretern der dortigen Schiffer-Organisation verhandelten, sind von der Polizei verhaftet und dann als lästige Ausländer ausgewiesen worden. — Wären die beiden Holländer Unternehmeragenten gewesen, dann wären sie natürlich nicht ausgewiesen worden, denn sie wären dann nicht lästige Ausländer, sondern hochwillkommene Gäste gewesen.

Schwerer Automobilunfall. Am Donnerstag stieß auf der Chaussee Staffelde—Kremmen ein Automobil, das dem Inhaber eines Automobilfuhrwesens in Charlottenburg, Kühn, gehörte, in schnellstem Tempo mit einer bei Straßenschachtungs-Arbeiten aufgestellten Barriere zusammen. Kühn wurde getötet, drei weitere Passagiere sind mit leichten Hautabschürfungen davongekommen.

Selbstmord einer Mörderin im Gefängnis. Im Gefängnis zu Posen erhängte sich die Altbesitzerin Marianna Schulz aus Wilhelmsort bei Bromberg, die nach ihrem eigenen Geständnis ihre neunzehnjährige Schwiegertochter Apollonia Schulz ermordete.

Wenn man Geld hat . . . Der unter dem Verdachte, mehrere strafbare Handlungen begangen zu haben, verhaftete Rechtsanwalt Dr. Ehrhardt in Berlin ist gegen Stellung einer Kaution von 200000 Mk. auf freien Fuß gesetzt worden.

Im Banktresor eingeschlossen. In Prag ereignete sich ein eigenartiger Vorfall. Der Direktor einer dortigen Großbank erklärte einer Studienkommission fremder Handelsinteressenten die Konstruktion der Tür des Banktresors. Dabei verschloß er die Tür zu dem Raum, in dem gerade zwei Beamte arbeiteten. Plötzlich stellte es sich heraus, daß man die Tür nicht mehr öffnen konnte, da das Schloß nicht richtig funktionierte. Es blieb deshalb nichts anderes übrig, als an die Berliner Firma Arnheim um Entsendung von Beamten und Konstrukteuren zu telegraphieren. Bis 10 Uhr abends befanden sich die beiden Beamten noch in Gefangenschaft. Man hat ihnen durch die Ventilation, die zum Teil ausgebrochen werden mußte, flüssige Nahrung reichen können.

Die Untersuchung aus Anlaß der „Titanic"-Katastrophe. In London wurden gestern die Verhandlungen der Kommission zur Untersuchung des „Titanic"-Unglücks durch den Vertreter des Handelsamtes Sir Rufus Isaacs im Namen der Regierung eröffnet. In seiner Darstellung des Tatbestandes führte Isaacs aus, die „Titanic" sei von Beginn der Reise an mit 21 Knoten Geschwindigkeit gelaufen und, soweit sich feststellen lasse, sei diese Geschwindigkeit bis zum Augenblick des Zusammenstoßes nicht verringert worden. Er stellte fest, daß sowohl von der „Carpathia" als von der „Baltic" Eiswarnungen gegeben worden seien. Sodann gab Isaacs einen Vergleich der geretteten Passagiere nach den einzelnen Schiffsklassen und nach Geschlechtern und sagte, es werde zweifellos die Aufmerksamkeit des Gerichtshofes erregen, daß 63 Proz. erster, 42 Proz. der zweiten und nur 25 Proz. von der dritten Klasse gerettet worden seien. Eine weitere auffallende Erscheinung sei, daß von den weiblichen Passagieren der ersten Klasse alle gerettet worden seien, außer fünf, die, wie man annehme, ihre Gatten nicht hätten verlassen wollen. Ferner sei es auffallend, daß nur 126 männliche Passagiere gerettet worden seien. Die Untersuchung werde sich insbesondere auch auf die unzureichende Zahl von Rettungsbooten und die Konstruktion der wasserdichten Abteilungen erstrecken. Der erste Zeuge, der Ausguckmann Fewell, gab an, daß er sich bis um 10 Uhr abends im Ausguck befunden habe, daß die Ausguckleute nicht mit Gläsern versehen und die Stewards und die Heizer nicht darauf eingeübt gewesen seien, die Boote hinabzulassen. Nach seiner Meinung seien in den Booten weder Lichter, noch Kompasse, noch Lebensmittel gewesen. — Ein Matrose bezeugte, daß die Passagiere sich in wilder Hast auf die Boote stürzten. Er habe sie mit einer Ruderpinne abgewehrt und der erste sowie noch ein anderer Offizier hätten Schreckschüsse aus ihren Revolvern abgefeuert. — Die Weiterverhandlung wurde auf Dienstag vertagt.

Vier Nonnen sind beim Brande eines Klosters in Ardatow (Rußland) erstickt.

Die Überschwemmung im Mississippi-Gebiet nimmt einen immer größeren Umfang an. Jetzt ist fast das ganze Delta überschwemmt. Durch einen Dammbruch von 70 Meter Breite stürzten die Wassermassen herein und machten 200000 Menschen obdachlos. Die Eisenbahnen senden Züge zur Rettung der Menschen nach der Unglücksstelle. Bei der unerwarteten Katastrophe ist es fast ein Wunder, daß nur fünf Tote zu beklagen sind. Tausende verbrachten die Nacht unter freiem Himmel auf den Hügeln der Stadt.

Eine beherzigenswerte Mahnung

enthält ein Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung" über „Lehrlingsausbildung und Erziehung". Es heißt darin:

„Eine Million Kinder im Alter von 13 und 14 Jahren verläßt alljährlich in Deutschland die unteren Schulen. Die weitaus große Mehrzahl von ihnen sind Proletarierkinder in Stadt und Land und nur eine Minderheit gehört der besitzenden Klasse an.

Von der Million schulentlassener Kinder treten vielleicht mehr als 950000 — 95 Prozent — ins praktische Leben hinaus als gewerbliche oder kaufmännische Lehrlinge, als jugendliche Arbeiter in Gewerbe, Industrie, Handel, Verkehr, Landwirtschaft usw. Das private Lehrlingswesen ist für den kapitalistischen Klassenstaat eine ungemein schöne Einrichtung. Sie erspart ihm die Kosten der gewerblichen Berufsbildung, da sie die proletarischen Arbeitereltern, deren Kinder ja in der Hauptsache als Lehrlinge in Betracht kommen, tragen müssen, und sodann gestattet sie ihm, dem als angeblich „solide Staatsstütze" gehätschelten Handwerk oder Mittelstand durch die Überlassung der proletarischen Jugend als Ausbeutungsobjekte ein sehr wertvolles Geschenk zu machen. Diese Praxis ist also ein Stück „Mittelstandspolitik", die in ihrer Gesamtheit den verschiedenen „Nöten" des Handwerks abhelfen soll. Dabei ist die Tatsache besonders interessant, daß die Handwerksmeister in der Regel ihre eigenen Söhne einem anderen, „höheren" Berufe zuführen, sei es dem kaufmännischen, um hier das Proletariat zu vermehren, sei es einem „gelehrten" Berufe, wenn dazu die Mittel des Mittelstandsmannes langen. Aber das nächstfolgende Rettungsmittel aus der „Lehrlingsnot" wäre doch immer für die Handwerksmeister die Übernahme ihrer eigenen Söhne in das Lehrlingsverhältnis, besonders angesichts der immer wiederkehrenden Behauptung, daß das Handwerk nur aus idealen Beweggründen sich mit der Lehrlingsausbildung beschäftigt.

Nicht selten bekommen bekanntlich die gewerblichen Lehrlinge mehr Prügel als Groschen, die in vielen Fällen auch die hauptsächlichsten Mittel zur „Erziehung" der Lehrlinge im Handwerk sind, von der so oft die Rede ist. Das Prügeln der Lehrlinge bildet freilich nur ein Glied in der langen Kette von Prügeln, worin die vielgerühmte offizielle Erziehung des deutschen Volkes, das heißt des Proletariats, besteht. Geprügelt wird in der Volksschule, in der Fortbildungsschule, im Religionsunterricht wie im übrigen Unterricht, in der Werkstatt wie in der Stube des Lehrmeisters, und die Krönung erfährt diese „nationale Erziehung" in der Kaserne. Erfreulicherweise wird durch dieses systematische Prügeln des jungen Deutschen während eines halben Menschenalters das Ehrgefühl nicht herausgeschlagen, wohl aber der Sozialismus hineingebläut, so daß sich die Prügelhelden aller Sorten schließlich nicht wenig wundern, daß sie trotz aller Prügel nicht die gewünschten Hurrapatrioten, wohl aber Sozialdemokraten erzogen haben — trotz und gerade wegen der Prügel.

Dennoch aber möchten wir die organisierte Arbeiterschaft dringend ersuchen, sich nicht an dem großen „nationalen Prügelwerk" gegenüber der neben und mit ihr arbeitenden Jugend zu beteiligen, auch nicht an dem empörenden Schimpfwerk; sondern die Jugend, die jungen Proletarier, die Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut sind, freundlich und entgegenkommend, schützend und belehrend zu behandeln, denn sie sind in wenigen Jahren unsere Genossen — sollen es sein —, unsere Mitstreiter und Mitkämpfer. Sie werden sich draußen abquälen, die angsterfüllten hurrapatriotischen Staats- und Gesellschaftsretter in ihren Jugendvereinen aller Art zur Verspießelung und Vertrottelung unserer Jugend, zur Bekämpfung des Sozialismus. Ihr aber seid den ganzen Tag und während einer Reihe von Jahren der treue Kamerad, der freundliche Ratgeber und der väterliche Lehrmeister der Jugend und ihr müßtet arge Stümper sein, wenn ihr nicht spielend und lachend den ganzen staatsrettenrischen Mumpitz durch euren guten Einfluß restlos illusorisch zu machen verständet."

Dreizehntes Kapitel.

Zu reich.

Es ist das Erdgeschoß des Palais Gerspach, Straße Murillo. Die ganze Dienerschaft steht im Vorzimmer, behandschuht, schnurgerade aufgestellt, in militärischer Haltung. Der aufgeblasene, hochmütige Schweizer antwortet wohl zum zwanzigsten Male:

„Die Frau Baronin empfängt nicht."

„Es ist aber doch ihr Tag."

„Ihr Tag, in der Tat, allein ein plötzliches Unwohlsein . . . ." bei diesen Worten gleitet ein heiteres, zweifelhaftes Lächeln über die breiten, bläulichen, glattrasierten Gesichter der Bedienten. Dies war nämlich das Märchen des Vorzimmers, denn es handelte sich um jenen Ausschlag, welcher ja bei jedem Wechsel der Jahreszeiten wiederkehrte.

„Für mich . . . die Gräfin d'Arlot . . . wird sie zu sprechen sein . . . Ich habe ihr nur ein Wort zu sagen."

Es folgte ein durch die Vorhänge gedämpftes Klingeln, dann ein leises Kommen und Gehen, und zum Erstaunen der Dienerschaft darauf der Befehl, die Besucherin, welche er nicht einmal zu den Intimen des Hauses gehörte, hinzuführen. In dem Salon der ersten Etage, wo die Gräfin einige Minuten zu warten hatte, brannte ein schwaches Feuer unter einem großen Bilde, das den Park von Monceau darstellte, mit seinem englischen Rasen, seinen Grotten und dem kleinen Tempel, welcher vor Kälte zu zittern schien unter dem trüben Himmel und zwischen den entblätterten Bäumen. Eine Pariser Winterlandschaft, deren Traurigkeit noch mehr abstach gegen die sonstige bunte Einrichtung, gegen die glänzenden Lackwaren, die Porzellanfiguren und die tausenderlei buntscheckigen Spielereien, fast wie in einem Maleratelier, dazu niedrige Windschirme neben den Fenstern, und um den Kamin gruppierte Sessel, lediglich zum Zweck der Plauderei dorthin gestellt.

Leonie erinnerte sich bei der Betrachtung dieses nach der neuesten Pariser Mode eingerichteten Salons der Zeit, wo sie empfing, sie ebenfalls, mit der Koketterie ihrer Besuchstage und ihres Hauses, vor ihrer Verlassenheit, vor dem traurigen ihr Leben vergiftenden „Wozu denn?" Als es noch nicht zu allen Stunden hieß: der Mann sei im Klub oder in der Kammer, sie in der Kirche, nie zum Empfang, noch zu einem Besuche disponiert.

Es mußte eine gewichtige Veranlassung sein, die sie zu Deborah, ihrer alten Pensionsfreundin führte, welche sie lange Zeit sehr bevorzugt hatte, trotz der verschiedenen Kreise, in denen die beiden jungen Frauen lebten, die sich aber seit ihrem Verzichtleisten auf alles nicht mehr gesehen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Plötzlich und unerwartet starb am Freitag unser lieber Sohn u. Bruder

Carl

im 22. Lebensjahre. Tief betrauert von seinen Eltern und Geschwistern

C. F. Reuter u. Frau,

131) Lübeck Wörthstr. 17.

Für die von den Arbeitern der Firma Hintze & Stech gesammelten 51 70 Mk. sagt herzlichen Dank

118) **W. Plottow.**

Möbl. Zimmer zu vermieten.

(157) Fünfenhagen 3 3 Et.

Freundl. möbl. Zimmer zu vermieten (128) Fleischhauerstr 40 I. l.

Gut frdl. Logis zu vermieten.

119) Meierstraße 36 b. Bahnhof.

Zwei-Stuben-Wohnung an ruh. Leute zum 1. Juli zu vermieten.

(156) Engelsgrube 28.

Eine kleine Parterre-Wohnung zum 1. Juli zu vermieten. Preis 150 Mk Au der Mauer.

(132) Näheres Stagenstr. 19.

Zu vermieten sofort oder später

Zwei-Zimmer-Wohnung

150 Mk. Näh Kottwitzstr 40, v., h (46)

---

10 Malergehilfen

stellt sofort ein (129

Chr. Carstens,

Hansastraße 80, pt.

Laufbursche gesucht.

130) **F. Frahm.** Lübowstraße 13.

Gast- und Logierhaus

verbunden mit

Gewerkschaftsherberge

Goldgrube

in einem aufblühenden Ort (5000 Einw.) an der Bahnstrecke Lübeck-Büchen soll sofort wegen Übernahme eines größeren Unternehmens für 32 000 Mark verkauft werden. Anzahlung nach Übereinkunft. Umsatz ca. 100 hl Biere, für ca. 2000 Mk. Spirituosen. p a. Es sind 7 Fremdenzimmer, 2 Schlafstuben mit zus. 27 Betten vorhanden. Einnahme an Mieten ca. 1000 Mark p. a., welche noch bedeutend erhöht werden kann. Schnell entschlossenen Reflektanten wird näheres unter **2440** an die Exped. dies. Blattes gern unterbreitet. (66

Guterhalt. Motorrad

billig zu verkaufen.

H. Krohne, Schwartau

Fahrradhandlung. (91

Fast neues Bett, Anzüge, Kleider, Blusen, Röcke, Kinderkleider und Stiefel billig zu verkaufen.

150) Schildstraße 5.

Ein Sofa mit 4 Stühlen (Mokettebezug) zu verkaufen

(136) Beckergrube 28/12.

Rote französische **Pflanzkartoffeln** zu verkaufen. (133

Hundestr. 65. part.

Ein fast neues **Damenrad** z. verk.

89) Heinrichstr. 36. II.

Zu verk. **Kinderbettst., Gitarre-Zither, Zeug** für 5jähr. Knaben.

117) Schützenstr. 38, I.

Wegen Umzug

besonders billig zu verkaufen: **Plüschgarnitur,** Tisch, Vertiko, Spiegel mit Stufe, Freischwinger, **Schlafzimmer-Einrichtung,** sowie Küchenschrank mit Aufsatz, Tisch, Stühle. Lagern frei! (137

Gr. Burgstr. 30, part. Flügel.

---

5 junge **Wolfshunde** billig zu verkaufen. (155) Rosengarten 16.

Welcher Maler malt **kleines Haus und Fenster** von draußen? Angebote mit Preis unter **M H** an die Exped. d. Bl. (124

Feine Hausstandsw., sow. Blusen u. Kleider werden sauber gewaschen und geplättet. Gardinen extra.

135) Gneisenaustr. 5, I r.

10.50 Mk. 12.50 Mk.

Rote Rabattmarken

WELT-SCHUH-MARKE **Salvator** GARANTIERT

oder 4 Prozent bar.

15.50 Mk. 18.00 Mk.

107) **Alleinverkauf**

F. Baurenfeind, Mühlenstr. 34.

Unsere

Herren-Garderoben

zeichnen sich aus durch

größte Haltbarkeit — billigste :: Preise — guten Sitz. ::

Herren-Anzüge dunkle und helle Cheviots, haltbar . . . . . **18⁵⁰ M.**

Herren-Anzüge gestreifte und karierte Cheviots in vielen Mustern . . . **23⁵⁰ M.**

Herren-Anzüge Kammgarne und Cheviots, allerneueste Ausmusterung . **30⁵⁰ M.**

Burschen-Anzüge solide Kammgarnarten in vielen Mustern . . . . **8⁵⁰ M.**

Burschen-Anzüge Cheviot und Kammgarn, gestreift und kariert . . **10⁵⁰ M.**

Burschen-Anzüge fein gemusterte Cheviots, vorzüglich im Tragen . **14⁵⁰ M.**

Jünglings-Anzüge gemusterte Cheviots und Kammgarnarten . . . . **11⁵⁰ M.**

Jünglings-Anzüge graue, grüne und braune Cheviots . . . . . **17⁵⁰ M.**

Herren-Hosen 2.25 3.50 4.50 5.00

4 % Rabatt in bar.

Knaben-Anzüge 1.95 2.50 4.50 6.50

Sonntag geöffnet bis 6 Uhr.

(189

Schuhwarenhaus

Franzen & Co.,

16 Holstenstraße 16.

Aerztlicher Sonntagsdienst

am 5. Mai, von 1 Uhr ab.

Dr. med. Feldmann, Breitestr.
Dr. med. Stoffer, Kronsf. Allee 6a, I.
Dr. med. Ad. Christern, Fack. Allee 13.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwaren-handlg. u. Reparaturwerkstatt. (104) **Fünfhausen 13.**

Prachtvolle Salongarnitur Mk. 165, Salonschrank 75, Tisch 18, eleg. Plüschgarnitur 85, Vertikos reich geschnitzt 55, gr. Trumeaux 35, reich geschnitzte Bortgarnit. mit Herrensessel 150, Schlafzimmer ff. u. Küche, Diwan, Stühle, Verschiedenes. (108

Besichtigung Wahmstr. 83, p. r.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

100) **Billigste Preise.**

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Sehr preiswert:

Sonntag früh von 7½ bis 9 Uhr

einen grossen Posten ganz frisch gesalzene

Schnauzen, Pfoten

und

Schweinekleinfleisch

in sehr schöner Ware,

134 das Pfund

nur 15 Pfg.

Verkauf in der Fabrik

beim Retteich 14.

Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik

August Scheere.

„DEHAZET"

Garantiert rein

Deutsche Honigarten in Zusammenstellung mit Raffinade.

Erhältlich in allen Geschäften der Nahrungsmittel-Branche

97

Lübecks ältestes u. größtes Spezial- **Arbeiter-Garderoben-Geschäft** von **Albert Riess** vorm. **Louis Levy.**

Gestreifte Leder-Hose 1.85 Mk. an bis 6.75 Mk.
Blaue Pilot-Hose 2.10 Mk. an bis 7.50 Mk.
Manchester-Hose 2.50 Mk. an bis 14.00 Mk.
Zwirn-Hose 1.10 Mk. an bis 5.50 Mk.

Blauleinene Hosen von 95 Pfg. an
Blauleinene Schlosser-Jacken von 1.05 Mk. an
Blau u. weiß gestr. Kajen von 90 Pfg. an
Arbeiter-Joppen von 85 Pfg. an

Sämtliche Hosen mit u. ohne Schnitt, alle Bauchweiten am Lager.

Albert Riess vormals **Louis Levy** **Klingenberg 5.** (138

Rote Lubecamarken auf alle Garderoben.

Die Fraktionsbilder

der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten

sind heute eingetroffen und können die bestellten Bilder abgeholt werden.

Auswärtige Besteller wollen den Betrag von 60 Pfg. inkl. Porto vorher in Briefmarken an uns einsenden, da Nachnahmesendung beträchtlich teurer wird.

Preis 50 Pfg. **Preis 50 Pfg.**

Das Einrahmen der Bilder wird auf Wunsch ebenfalls durch unsere Buchhandlung bewerkstelligt und stehen verschiedene Rahmen zur Ansicht aus.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Spezialitäten

d. Firma Ludw. Wiegels, Fischergrube 57

Bungescher Speiseessig, Kons. Honigessig, Ia. Flomheringe, Ia. Anchovis, Ia. weinsaure Salzgurken, Ia. Magdeburger Sauerkohl Ia. Rollmops.

105)

Alle Sorten

Weine und Spirituosen

auch im Kleinverkauf u. Ausschank

98) empfiehlt

J. Höppner, Beckergr. 66.

Täglich in allen Verkaufsstellen:

Frisches

Kraft-Dauer-Brot

C. Siemers, Struckmühle.

114) Fernsprecher 1110.

Gute Magnum-bonum-Eßkartoffeln 10 Pfd. 55 Pfg., Lauenb. gelbe Eierkartoffeln 10 Pfd. 70 Pfg., ff. lange gelbe 10 Pfd. 70 Pfg., Rosen- und versch. Eßkartoffeln 10 Pfd. 50 Pfg., sämtl. Sorten bei 100 Pfd. billiger empf. **C. Prestin,** Fleischhstr. 60 (141

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52

ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr. 65 Pfg.

102)

Gasthof am Kreuzweg

Seeretz.

Halte **Ausflüglern und Vereinen** meine Lokalitäten bestens empfohlen.

111) **Emil Cordts.**

NB. Daselbst Angelkarten a 3 Mk. für das Seeretzer Moor zu haben.

Achtung Parteigenossen!

Trems-Vorwerk.

Die Versammlung findet umständehalber nicht am Montag, dem 6., sondern am

Dienstag, dem 7. Mai 1912

abends 8½ Uhr

bei Schultz, Trems

statt. 149

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Gen. Stelling über: „Weltpolitik u. Sozialdemokratie".
2. Gemeindesachen.
3. Verschiedenes

Der Vorstand.

Neue Hafenfähre G. m. b. H.

Sonntag, den 5. Mai, morgens 7 Uhr: (116

Sonderfahrt

per Salondampfer **St. Lorenz** mit Musikbegleitung

ab Hüxterdamm n. Schwartau.

Nach Ankunft in Schwartau: **Freikonzert im Rest. Waldkater.**

Konzerthaus Friedrichshof

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen (901)

Einsegel

95) Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Kaffeehaus Moisling.

Jeden Sonntag: (115

Freies Tanzkränzchen.

HANSA THEATER

Tel. 610. Dir. Reinh. Gollbach. Tel. 610.

Sonntag:

Boxkampf-Demonstration

Petitjean gegen **Schwarz**

Auf vielseitigen Wunsch hiesiger Sportfreunde findet der Boxkampf statt. Es werden 5 Runden geboxt mit 5 Unzen-Handschuhen. Gewertet wird nach Punkten. Jeder Volleschlag oder Schwinger gilt als Punkt.

Mamutow (Rußland) gegen **Gebhardt** (Berlin)
Hißmann (Westfalen) gegen **Reglin** (Lübeck)

Entscheidungskampf:

Albert Sturm (Weltmeister) gegen **Gambier** (Champ. v. Frankr.)

Montag ringen:

van Andree gegen **M. Schwarz**
Champ. v. Holland. Meist. v. Nordd.

Revanche-Entscheidungskampf:

Albert Sturm (Weltmeister) gegen **Gebhardt** (Berlin)

Gebhardt hat gegen seine Niederlage von Sturm beim Schiedsgericht Protest eingelegt, mit der Begründung, daß er durch Beinstellen besiegt sei. Das Schiedsgericht hat den Protest abgewiesen, doch hat Sturm sich bereit erklärt nochmals mit Gebhardt bis zur Entscheidung zu ringen.

Vor den Ringkämpfen:

Boxkampf-Demonstration

zwischen

Gambier (Frankreich) gegen **Reglin** (Lübeck)

Beide sind Meister der Boxkunst und werden auf speziellen Wunsch 5 Runden a 2 Minuten nach Punktwertung boxen. (159

Vorher das **Variete-Programm.**

Anfang 8½ Uhr.

Zum Mädchen-Wechsel!

3 reizend garnierte Serien

Damen-Hüte

Serie I
Elegante Rundformen
voll mit Blumen, Blüten und Laubpiquet, alle Farben
Mk. **4⁷⁵**

Serie II
Elegante Rundformen
voll mit Rosen, Aehren und Sammetband garniert
Mk. **6⁵⁰**

Serie III
Elegante Rundformen
mit Seiden-Rosen u.-Blüten, Laub und breit. Seidenband-Schleife schick garn.
Mk. **8⁰⁰**

Frauen-Toques enorme Auswahl Mk. **3⁵⁰ 4⁷⁵ 5⁹⁰** bis **18⁰⁰** Mk.

Der beste Beweis für die Leistungsfähigkeit der Firma Daniel Schlesinger Nachf. ist, daß Hunderte von Arbeiterfamilien seit 30 Jahren bei derselben kaufen.

Daniel Schlesinger Nachf.

121) **Eckhaus Breite- und Fleischhauerstraße.**

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage das **Restaurant** der **Frau Wilhoeft Ww.**

Warendorpstraße 2

(Ecke Wickedestraße)

übernommen habe.

Es wird mein Bestreben sein, die mich beehrende Kundschaft durch aufmerksame Bedienung, sowie Verabfolgung guter Speisen und Getränke zufrieden zu stellen und bitte um gütigen Zuspruch.

Hochachtungsvoll
Paul Weinrich.

Bezugnehmend auf obiges, danke ich bestens für das mir bisher erwiesene Wohlwollen und bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

143) Hochachtend
Frau Wilhoeft Ww.

Nach Travemünde

mit Doppelschraubendampfer „Freya"

ab Sophienstraße, Mühlentor, Hüxtertor und Strucfähre anlegend.

Vom 5. Mai an den Sonntagen:
Ab Lübeck (Sophienstraße) 8⁴⁰ morg. und 2⁰⁰ nachm.
Ab Travemünde 10³⁰ morg. und 7⁰⁰ nachm.

Fahrpreis: Einfach 50 ₰, bei gleichzeitiger Lösung einer Rückfahrkarte, diese 30 ₰. Bei genügender Beteiligung: Fahrt in See. Fahrpreis 50 ₰. Näheres im Fahrplan. (151

P. Iwan Wetterich.

Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50-52. (154

Sonntag, den 5. Mai 1912:

Großer Frühjahrs-Ball

veranstaltet vom Deutschen Musiker-Verband.

Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

Luisenlust.

Heute Sonntag: (152
Tanzkränzchen.

Friedr.-Franz-Halle

Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Anfang 4 Uhr. Ende 1 Uhr.
145) Endstation Krankenhaus.

Gasthof Genin!

Sonntag d. 5. Mai 1912:
Gr. Abschiedsball
Anfang 5 Uhr
Ende bis d. letzte Tropfen verzapft ist
Hierzu ladet freundl. ein
90) **G. Bebensee.**

Gesangverein „Einigkeit".

(St. Gertrud.)

Heute Sonnabend, 4. Mai 1912:

Großer theatral. Abend

im Lokale „Weißer Engel",
Ratzeburger Allee 29.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 ₰, Kinder 15 ₰.
127) **Das Komitee.**

Konzerthaus

Zauberflöte.

Neue Kapelle!
Damen-Orchester „Senta" (5 Damen 2 Herren)
Heute: Anfang 4 Uhr.
Eintritt frei!
142) **Ludwig Kock.**

Gesangverein „Einigkeit" Schönböcken.

Einladung zum

BALL

verbund. mit Aufführungen und Gesangsvorträgen
am Sonntag, dem 12. Mai 1912
im Lokale W. Behnke
„Steinraderbaum" Schönböcken
Anfang 7 Uhr. Eintritt 1 Mk.
Einzelne Dame 20 Pfg.
94) **Der Vorstand.**

Fahrräder und Nähmaschinen

in jeder Preislage.
Schriftliche Garantie. — — Auf Wunsch Teilzahlung.

H. Krohne, Schwartau.

92) Fahrradhandlung und Reparaturwerkstatt.

Gebrüder Barg

Kohlmarkt 5. Fernsprecher 1739.

1. Stock: Grosses Spezial-Lager
in fertigen
Herren- und Knaben-Garderoben.

Durch Einführung von **Neuheiten** bedeutende Vergrößerungen in der Auswahl.

Herren-Anzüge
15, 20, 30, 50 Mk. usw.

Herren- und Jünglings-Anzüge
blau Cheviot, in ein- und zweireihiger Form
12, 18, 22, 29, 35 Mk. usw.

Herren-Anzüge
2reihiger **Gehrock**
39, 47, 55, 59 Mk. usw.

Jünglings-Anzüge
in den modernsten Formen
25, 35, 45 Mk. usw.

Frühjahrs- und Sommer-Paletots
16, 25, 35 Mk. usw.

Buckskin- und gestr. Kammgarn-Herren-Beinkleider
4.50, 6.75, 12, 15 Mk. usw.

Herren- und Jünglings-Buckskin-, Cheviot- und Kammgarn-Jacketts
Loden-Joppen, Loden-Pelerinen
in allen Größen und Preislagen.

Knaben-Anzüge
Knaben-Blusen, -Beinkleider, -Pyjacks,
ferner **Höschen** mit und ohne Leibchen
in großer Auswahl.

Rote Rabattmarken oder 4 Prozent in bar.
Sonntag, den 5. Mai, ist unser Geschäft bis 6 Uhr geöffnet. (140

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 104. Sonnabend, den 4. Mai 1912. 19. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten"

Berlin, den 3. Mai 1912.

54. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

die Anträge der Geschäftsordnungskommission auf Änderung der Geschäftsordnung.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Reichstag regelt seine Geschäftsordnung allein, und daher werden die verbündeten Regierungen an den Verhandlungen nicht teilnehmen. Ich muß aber ausdrücklich feststellen, daß die Geschäftsordnung einseitiges Recht nur für den Reichstag und seine Mitglieder schafft und weder eine Erweiterung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages noch eine Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers, der verbündeten Regierungen und des Reichskanzlers herbeiführt (Bravo rechts), und daß daher die zu beschließenden Abänderungen irgend welche staatsrechtliche Konsequenzen für die Stellung des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstag nicht haben können. (Unruhe links.) Unter dieser ausdrücklichen Verwahrung erkläre ich aber, daß der Reichskanzler Ihren Wünschen auf eine weitere Ausgestaltung Ihrer Geschäftsordnung insoweit entgegenzukommen bereit ist, als er unter Wahrung des Rechtes der Ablehnung im einzelnen Falle die in Aussicht genommenen kurzen Anfragen nach Möglichkeit beantworten oder durch seine Stellvertreter beantworten lassen will, insofern der Gegenstand zur verfassungsmäßigen Kompetenz des Reiches gehört und nicht ein schwebendes Gerichts-, Verwaltungs- oder Disziplinarverfahren betrifft. (Lebh. Bravo! rechts, Unruhe links, Zurufe bei den Soz.: Sehr gnädig!)

Zur Debatte gestellt wird zunächst der Abschnitt über die sogenannten kurzen Anfragen. Nach den Anträgen der Kommission lautet § 31 a: Die Mitglieder des Reichstags können Anfragen an den Reichskanzler stellen. Die Anfragen sind schriftlich einzureichen; sie müssen sich auf die Bezeichnung der Tatsachen, über welche Auskunft gewünscht wird, beschränken. Hierzu beantragen die Konservativen und die Reichspartei hinter „Anfragen" einzuschalten: „Welche Tatsachen von allgemeiner Bedeutung aus dem Gebiete der inneren oder auswärtigen Politik des Reiches zum Gegenstand haben". Ferner hinter „stellen" anzufügen: „Anfragen, die ein schwebendes Gerichts-, Verwaltungs- oder Disziplinarverfahren betreffen, sind unzulässig." Und schließlich noch anzufügen: „Anfragen, die gegen diese Grundsätze verstoßen, hat der Präsident zurückzuweisen, seine Entscheidung ist endgültig." § 31 b lautet nach dem Antrag der Kommission: „In den Sitzungen am Dienstag und Freitag jeder Woche darf je die erste Stunde auf die Anfragen verwendet werden. Die Fragensteller werden in der Reihenfolge des Verzeichnisses aufgerufen und verlesen die Anfrage. Der Aufruf unterbleibt, wenn die Anfrage einem Gegenstand der Tagesordnung vorgreift. Eine Besprechung der Antwort des Reichskanzlers und Anträge zur Sache sind unzulässig. Zur Ergänzung oder Berichtigung der Anfrage kann der Fragesteller, und falls mehrere Mitglieder gemeinsam eine Anfrage gestellt haben, ihr Wortführer das Wort verlangen.

Ein Antrag Albrecht will die Worte „der Fragesteller und falls mehrere Mitglieder gemeinsam eine Anfrage gestellt haben, ihr Wortführer" ersetzen durch die Worte: „jedes Mitglied des Hauses."

Ein Antrag der Konservativen und der Reichspartei will diesen letzten Satz des Kommissionsantrages streichen.

§ 31 c lautet nach dem Antrage der Kommission: „Der Fragesteller kann jederzeit erklären, daß er sich mit einer schriftlichen Antwort begnüge."

Ledebour (SD.): Die Mitteilungen, die uns der Vertreter des Herrn Reichskanzlers machte, waren entweder überflüssig oder nicht berechtigt. Überflüssig insofern, als eine Verwahrung dagegen, daß der Reichstag beabsichtige, durch die Ausgestaltung des Interpellationsrechts eine Machterweiterung vorzunehmen, deshalb vollkommen gegenstandslos ist, weil in den sehr ausführlichen Verhandlungen in der Kommission von allen Seiten ausdrücklich festgestellt worden ist, daß niemand etwas Derartiges beabsichtige. Für meine Partei kann ich auch erklären, daß, wenn wir es auf Grund der politischen Entwicklung unseres Vaterlandes für notwendig halten, die Machtbefugnisse des Parlaments zu erweitern, wir den direkten Weg des Antrags auf Verfassungsänderung dazu beschreiten, wie wir das auch bereits getan haben, nicht aber auf Umwegen eine solche Machterweiterung zu erreichen suchen. Daß Anfragen vom Reichstag an die Reichsregierung gestellt werden, ist ja an sich nichts Neues. Die Neuerung liegt nur darin, daß hier bestimmte neue Formen des Fragerechts vorgesehen sind. Wir haben nun beantragt, daß nicht nur der Antragsteller, sondern jedes Mitglied des Hauses berechtigt sein soll, Ergänzungsfragen zu stellen. Wir stützen uns dabei auf die Erfahrungen, die man in England, wo das Fragerecht des Parlaments die größte Ausdehnung gefunden hat, damit gemacht hat. Natürlich muß sich die Ergänzungsfrage in dem Rahmen der ursprünglichen Anfrage halten. Die Fassung der Kommission führt zu dem Resultat, daß für eine bestimmte Frage an einem Tage einer bestimmten Partei ein Fragemonopol gegeben wird. Erstens widerspricht es der Grundidee des Fragerechts, es in dieser Weise zu beschränken, und dann würde auch mit der Einschränkung nicht das Ziel, ein Überwuchern der Fragen zu verhindern, erreicht werden. Man kann dem Fragesteller wohl das Fragemonopol, aber nicht das Monopol der absoluten Einsicht geben, daß er sofort den richtigen Gesichtspunkt herausfindet, von dem aus eine Ergänzung der Anfrage notwendig ist. Es kann sehr leicht vorkommen, daß bei einer Anfrage von unserer Seite nach der Antwort der Regierung ein Mitglied der Rechten zuerst darauf kommt, daß hier eine Ergänzungsfrage dringend notwendig ist, und dann haben die Herren sich selbst den Mund verbunden. Es liegt also hier ein allgemeines Interesse des ganzen Reichstages vor. Die Folge der Fassung der Kommission wird sein, daß dieselbe Frage von den verschiedensten Parteien gestellt wird, damit jede Partei das Recht der Ergänzungsfrage hat. Es kommt dann zu einem ähnlichen Konkurrenzwettlaufen, wie wir es bei den Etatsresolutionen wiederholt erlebt haben. Was die Anträge der Konservativen betrifft, so bedeuten sie alle eine Einschränkung des Fragerechts. Wenn diese Anträge angenommen werden, wird das Fragerecht ein Messer ohne Klinge, dem das Heft fehlt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Schließlich möchte ich betonen, daß die Anfragen schon deshalb notwendig sind, weil erst dadurch im Getriebe der auswärtigen Politik, der Weltpolitik die Stimme Deutschlands, die Auffassung des deutschen Volks und der Regierung rascher zur Geltung kommen kann. Heute ist London gewissermaßen der focus (Herd) der Weltpolitik. Alle Informationen über die wichtigsten Fragen der Weltpolitik müssen wir heute aus dem englischen Parlament entnehmen. Durch die Neuerung, die wir jetzt schaffen, wird Berlin gleichberechtigt mit London. Es liegt daher im Interesse des Ansehens Deutschlands in der Welt, wenn die Kommissionsbeschlüsse mit unserem Antrag angenommen werden. (Bravo! bei den Soz.)

Kreth (K.): Die Absicht, durch die kurzen Anfragen die Reichstagsrechte zu erweitern, mag nicht bestehen, aber die Folge der kurzen Anfragen würde es sein. In England kann wenigstens der Sprecher ungehörige Anfragen zurückweisen. Hier wollen Sie dem Präsidenten aber diese Befugnis nicht geben. Wir wollen durch unsere Anträge die Grenzen der Ausübung des Rechts der kurzen Anfragen festsetzen. (Bravo! rechts.)

List (NL.) erklärt sich für die Anträge der Kommission, welche eingehend die Sache erörtert hat.

Dr. Müller-Meiningen (VP.): Die Verwahrung der Regierung war nicht nötig, da niemand daran denkt, die Rechte des Reichstages zu erweitern. Daß die Regierung Fragen, die Verwaltungsverfahren betreffen, nicht beantworten will, ist eine bedenkliche Konzession an die Rechte. In einem solchen Falle würde der Reichstag dann zu einer Interpellation greifen müssen.

von Halem (RP.) unterstützt den Antrag der Konservativen.

Dr. Bell (Z.): Im preußischen Abgeordnetenhause hat der freikonservative Führer Herr von Zedlitz die Einführung der kurzen Anfragen angeregt. (Hört, hört! links.) Wir wollen in den konservativen Antrag statt „Verwaltungsverfahren" „Verwaltungsgerichtsverfahren" setzen und beantragen ferner im § 31 b einen Zusatz, daß der Fragesteller nur zur „einmaligen" Ergänzung oder Berichtigung noch das Wort erhält.

Graf Westarp (K.): Bei der veränderten Situation, die durch die Erklärung der Regierung geschaffen ist, sollte man die ganze Angelegenheit noch einmal an die Geschäftsordnungskommission zurückverweisen. Wenn der Reichstag sich in ein Verwaltungsverfahren einmischt, strebt er danach, ein Konvent zu werden (Zuruf links: Hu, hu!), er will die Rechte der Exekutive haben. (Zust. rechts.)

Dr. Müller-Meiningen: Das Zentrum sollte seinen Antrag zurückziehen, der eine Komplizierung bedeutet und die Sache gefährdet.

Ledebour (SD.): Es handelt sich doch lediglich darum, das jetzt bestehende Recht der Interpellation auf die kurzen Anfragen zu übertragen. Wie kann man darin eine unerhörte Erweiterung der Rechte des Reichstags finden! Der konservative Antrag will das bestehende Recht des Reichstags einschränken. (Beif. b. d. Soz.)

Dr. Bell (Z.) [zur Geschäftsordnung]: Da unsere Anträge von rechts und links beanstandet worden sind, und wir etwas Positives schaffen wollen, ziehe ich sie zurück. (Bravo! links.)

Schultz (Rpt.): Der Reichstag ist in Reisestimmung und sollte daher nicht so kurzerhand eine Sache beschließen, durch die die Rechte des Parlaments erweitert, die der Krone beschränkt werden sollen. (Zuruf links: Graf Zedlitz!) Ohne Kautelen würde auch Herr von Zedlitz die kleinen Anfragen sicherlich nicht wollen; wenn er von diesen Dingen Kenntnis hätte, würde er die Hände überm Kopfe zusammenschlagen. (Gr. Heiterk. links.)

Graf von Westarp (K.) verweist nochmals auf das Recht des Sprechers in England, Anfragen zurückzuweisen.

Gröber (Z.): Die Befugnis des Präsidenten ist allgemein zu regeln. Übrigens hält der Präsident sich schon heute für befugt, beleidigende Anträge und Petitionen zurückzuweisen.

Graf v. Westarp: Man sollte doch warten, bis eine allgemeine Revision der Geschäftsordnung erfolgt.

Graf v. Posadowsky: Englische Verhältnisse sind mit unseren nicht zu vergleichen, in England ist die Regierung der Ausschuß der Parlamentsmehrheit, und das Parlament im gewissen Umfange eine Verwaltungsbehörde. Ich lehne jedes Streben nach Erweiterung des Parlamentarismus ab und stelle mich rückhaltlos auf den Standpunkt einer monarchischen Regierung. (Lebh. Bravo! rechts.)

Graf v. Oppersdorf (B. k. F.): Auf diesem Standpunkt kann man voll und ganz stehen und trotzdem den kleinen Anfragen zustimmen. (Heiterk. und Sehr gut!)

Damit schließt die Debatte.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden die §§ 31 a, b und c in der Kommissionsfassung angenommen.

Der zweite Abschnitt handelt von den

Interpellationen.

§ 32 sieht vor, daß Interpellationen von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet sein müssen, und daß ihnen kurze Erwägungsgründe beigefügt werden können.

Diese letzte Bestimmung will ein Antrag von Normann (K.) streichen und außerdem eine Bestimmung einfügen, wonach Interpellationen nur Fragen von allgemeiner Bedeutung aus dem Gebiete der inneren oder auswärtigen Politik des Reiches zum Gegenstand haben dürfen, und Interpellationen, die ein schwebendes Gerichts-, Verwaltungs- oder Disziplinarverfahren betreffen, unzulässig sind.

§ 33 soll nach den Kommissionsbeschlüssen lauten:

„An die Beantwortung der Interpellation oder die Ablehnung ihrer Beantwortung schließt sich die sofortige Besprechung an, falls mindestens 50 anwesende Mitglieder dies verlangen. Der Ablehnung der Beantwortung der Interpellation steht es gleich, wenn der Reichskanzler eine bestimmte Erklärung, ob er die Interpellation beantworten wolle, nicht abgibt. Falls keiner der Interpellanten widerspricht, darf die Besprechung auch in einer späteren Sitzung erfolgen . . .

Durch Beschluß des Reichstags kann die sofortige Besprechung auch dann zugelassen werden, wenn der Reichskanzler eine bestimmte Erklärung, wenn er die Interpellation beantworten wolle, nicht abgibt oder die Frist zur Beantwortung auf mehr als zwei Wochen vom Tage ihrer Einbringung an bemißt."

Ein Antrag Albrecht (Soz. u. Gen.) will im ersten Absatz hinter dem Worte „ob" einschalten die Worte „oder wann" sowie hinter „nicht abgibt" die dem Absatz 2 entnommenen Worte „oder die Frist" usw. bis „bemißt".

Ein Antrag von Normann (K.) will im zweiten Absatz die Worte „oder die Frist" bis „bemißt" umstreichen, ev. statt zwei Wochen sagen vier Wochen oder, falls auch dies abgelehnt wird, die Frist auf vier Wochen bemessen, sofern es sich um eine Angelegenheit der auswärtigen Politik handelt.

Ferner soll hinzugefügt werden:

„Wenn der Reichskanzler das Wort vor dem Interpellanten ergreift, um nachzuweisen, daß die Besprechung der Interpellation das Reich schädigen würde, so hat der Reichskanzler über die Zulassung der Besprechung ohne Beratung zu beschließen. Die Abstimmung ist eine namentliche.

§ 33a sieht in der Kommissionsfassung vor, daß bei der Besprechung einer Interpellation Anträge gestellt werden können, welche die Feststellung verlangen, daß die Behandlung der dem Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler der Anschauung des Reichstags entspricht oder daß sie dieser nicht entspricht

Ein Antrag Albrecht (SD.) verlangt, daß durch die Anträge der Reichstag zum Ausdruck bringen soll, daß er die Antwort des Reichskanzlers billigt oder nicht billigt.

Ein Antrag v. Normann (K.) will den § 33e durch die Bestimmung ersetzen:

„die Stellung eines Antrages bei der Besprechung einer Interpellation ist unzulässig. Es bleibt aber jedem Mitgliede des Reichstags überlassen, den Gegenstand in Form eines Antrages weiter zu verfolgen."

Im Falle der Ablehnung dieses Antrages sollen Anträge nur zugelassen werden bei Interpellationen, die ein Gebiet betreffen, für welches der Reichskanzler verfassungsmäßig die Verantwortlichkeit trägt, und die Abstimmung über solche Anträge soll eine namentliche sein.

§ 33 b endlich bestimmt, daß die Verhandlungen über Interpellationen auf einen bestimmten öffentlichen Sitzungstag beschränkt werden können, wenn Interpellationen in zu großer Zahl einlaufen.

Die Sozialdemokraten beantragen, diesen Passus zu streichen.

Dr. Bell (Z.): Meine Freunde werden für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Den Antrag der Sozialdemokraten auf Streichung des § 33 b lehnen wir ab.

Kreth (K.): Die Anträge auf Ausgestaltung des Interpellationsrechtes stammen aus dem Jahre 1908. In fanatischem Eifer stürzte sich damals die unentwegte Demokratie, von den Nationalliberalen unterstützt, auf die alten Wünsche der Demokratie, auf Kosten der Krone das Parlament zu stärken. Inzwischen sind nun vier Jahre vergangen und die Welt steht noch. (Heiterkeit rechts.) Das beweist, wie „dringlich" diese Aufgabe ist. Die Erweiterung des Interpellationsrechtes bedeutet die Verleihung des Rügerechts an den einen der beiden gleichberechtigten Faktoren gegenüber dem anderen, d. h. eine Machterweiterung des Reichstages. Wir werden uns nach wie vor gegen jeden Versuch wenden, die Autorität des Kaisers zu schwächen und den föderativen Charakter des Reiches zu mildern. Mir ist es unverständlich, daß das Zentrum, das bisher auf dem Boden des föderativen Charakters des Reiches gestanden hat, hier einen so ganz anderen Standpunkt einnimmt. Den Vorwurf, daß wir royalistischer wären als die Regierung, nehmen wir gern auf uns. Man wird jetzt wieder viel von Reaktion sprechen. Ein österreichischer Staatsmann hat einmal gesagt: Die Liberalen aller Länder teilten die Welt in Aktionäre und Reaktionäre! (Heiterkeit, Abg. Dr. David [Soz.]: Sie sind beides! erneute Heiterkeit.) Wenn wir ein Hemmnis sind der rasenden Fahrt des Reichswagens dem Abgrund zu, dann wollen wir uns den Vorwurf, wir seien Reaktionäre, gern machen lassen. Wir brauchen eine feste Regierung in dieser Zeit, wo dem Reiche von innen und außen Gefahren drohen. Darum wollen wir die Autorität, die zur Führung des deutschen Volkes berufen ist, nicht schmälern lassen, nach unserem Grundsatz: Autorität nicht Majorität. (Lebhafter Beifall rechts.)

Dr. David (Soz.): Der Vorredner hat alle möglichen Gründe angeführt, weshalb die Konservativen im Interesse des Vaterlandes, des Kaisers usw. die Änderung bekämpfen müßten. Nur den Grund der Gründe hat er uns nicht gesagt. Dieser eigentliche Beweggrund, weshalb die Herren dem Reichstag nicht das Recht geben wollen, im Anschluß an die Interpellation ein klares Urteil über die Haltung der Regierung auszusprechen, ist der: die Herren von der Rechten betrachten die Regierung als ihren Exekutivausschuß. (Lebhafte Zustimmung links), als den Exekutivausschuß der konservativen Minderheit. Dies Verhältnis wollen sie erhalten. Der Vorredner meinte, es sei eine Anmaßung, wenn die Volksvertreter sich herausnähmen, ein Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler auszusprechen, der doch Vertrauensmann des Kaisers sei. Und dieselben Herren sind es, die einen Reichskanzler nach dem anderen über die Klinge haben springen lassen. (Lebhafter Beifall links. Händeklatschen auf den Tribünen, was Vizepräsident Dove für nicht zulässig erklärt.) Wer hat denn Bismarck gestürzt? Er selbst hat es gewußt und ausgesprochen. Aus dem Lager der Konservativen sind auch die Pfeile gegen den Grafen Caprivi gekommen. Und Fürst Bülow hat es den Konservativen schriftlich bestätigt, daß sie sich in frivoler Weise gegen die Interessen des Reiches und der Monarchie vergangen haben. So dachten die Reichskanzler selbst über die Art, wie die konservative Partei die Unantastbarkeit des Reichskanzlers und des Kaisers in der Praxis handhabt. Auch der jetzige Reichskanzler könnte vielleicht schon einiges sagen über die Art, wie ihm die Herren auf der Rechten das Leben erschweren. Angesichts all dieser Tatsachen ist die Beweisführung des Vorredners so gewesen, daß mir der Glaube schwer fällt, er sei selbst von dem Ernst seiner Ausführungen überzeugt. (Bravo! links.) Das Recht, der Regierung seine Meinung zu sagen, hat der Reichstag schon heute durch Annahme von Resolutionen. Was hier neu geschaffen wird, ist lediglich, daß solche Anträge auch aus Zweckmäßigkeitsgründen auch am Ende der Besprechung einer Interpellation angenommen werden können. Also von einer Erweiterung der Rechte des Parlaments kann keine Rede sein. Man soll doch nicht die Mithilfe der Presse bei der politischen Aufklärung unterschätzen. Wer Zeitungen liest, hat jedenfalls ein besseres Urteil über politische Dinge, als wer sie nicht liest. Freilich gibt es auch Leute, die sich nur Zeitungsausschnitte präparieren lassen. Geht die Debatte ohne Beschluß aus, so kommt vielleicht die Meinung des Reichstages dem Kaiser auch nur durch Ausschnitte der konservativen Presse und des „Lokal-Anzeigers" vor Augen. Bei den letzten Wahlen hat das Volk Ihnen einen Denkzettel gegeben, weil Sie glaub-

ten, sich der Entwicklung entgegenstellen zu können. Die Debatte zeigt uns die ganze Schwäche der konservativen Partei (Sehr richtig! links), auf die sich die Regierung stützt, und die Regierung sollte sich warnen lassen, immer mehr in Gegensatz zum Volke zu kommen. Das Zentrum hat besser begriffen, um was es sich handelt. Unser erster Antrag will bewirken, daß eine Besprechung der Interpellationen auch dann stattfinden muß, wenn die Regierung die Beantwortung ablehnt. Die Streichung des § 83 b beantragen wir, weil bei einer Interpellation die Gefahr einer Obstruktion nicht vorliegt. Im § 83 a wünschen wir lediglich einen klareren und deutlicheren Ausdruck. Eine beleidigende Form wählt man in solchen Fällen schon deshalb nicht, um in der Sache eine Mehrheit zu erreichen. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Junck (NL): Herr Kreth stellte die Anträge als Ausfluß der Tätigkeit des Großblocks hin; vergißt er, daß das Zentrum daran mitgewirkt hat? (Sehr gut! links.) Die Ausführungen des Abg. Kreth waren tiefgründig (Gr. Heiterk.), aber neu waren sie nicht. Graf von Posadowsky, der bekannte Gegner des Parlamentarismus, trat hier doch ein, um das Niveau der Debatten zu heben, aber seine staatsrechtlichen Ausführungen habe ich schon in meinem ersten Semester gehört. (Heiterkeit.) Von einer Erweiterung der Rechte des Reichstages kann bei dieser Gelegenheit gar keine Rede sein. (Bravo! b. d. Natlib.)

Gröber (Z.): Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß über ein schwebendes Strafverfahren hier verhandelt werden mußte, und daß die Öffentlichkeit hiervon unterrichtet werden mußte. (Sehr richtig!)

von Laszewski (Pole) erklärt sich für die Kommissionsbeschlüsse.

von Halem (Rp.): Ich möchte Ihnen einen Überblick geben über die Entwicklung des Interpellationsrechtes (Unruhe links, Abg. Ledebour: Sie brauchen doch hier nicht ihr Referendaregamen zu machen! Gr. Heiterkeit!) Wie das französische Interpellationsrecht sollen auch die neuen Anträge bei uns nur der Sensation dienen. (Unruhe links.) Sie verlangen für den Reichstag ein Recht, um den Kaiser, den Bundesrat und den Reichskanzler durch das kaudinische Joch zu zwingen. Dazu können wir unsere Zustimmung nicht geben. (Bravo! rechts.)

Dr. Bell (Z.) erklärt noch einmal, daß es dem Zentrum nicht einfalle, die verfassungsmäßigen Rechte der Krone und des Bundesrats anzutasten (Beifall im Ztr.)

Mumm (WV.): Mißtrauensvotum würde das Ansehen unserer Regier[illegible] In- und Ausland herabsetzen. Stöcker hat den Fürsten [illegible]marck stets bekämpft. (Zuruf links: Scheiterhaufenbrief!) Dieser Brief ist von Treitschke als durchaus loyales politisches Kampfmittel bezeichnet worden. (Gr. Heiterkeit links.)

Graf Westarp (K.) bezeichnet den Vorwurf des Dr. David gegen den Abg. Kreth, dieser treibe Obstruktion, als Heuchelei und Überhebung. (Stürmische Zurufe links. Präsident Kaempf erklärt derartige Vorwürfe für unzulässig.)

Graf Westarp: Es handelt sich um Rechte des Königs von Preußen, die ihm durch die Verfassung garantiert sind, und für diese Rechte treten wir mit aller Entschiedenheit ein. (Bravo! rechts.)

Gröber (Z.): Sie sollten nicht solche staatsrechtlichen Bedenken vortragen, mit denen man wirklich keinen Staat machen kann. (Heiterkeit u. Sehr gut! i. Zentr.)

Dove (Vpt.) betont gegenüber dem Grafen Westarp, daß alle Abgeordneten sich hier als Deutsche, nicht als Preußen fühlen.

Damit schließt die Diskussion.

Die Abstimmung wird auf Mittwoch, den 8. Mai, vertagt.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Debatte über die Mischlingsfrage in den Kolonien, Antrag der Geschäftsordnungskommission betreffend die Mindeststärke einer Fraktion, Etat des Reichsschatzamtes.)

Schluß 7¼ Uhr.

Genossenschaftsbewegung.

Die Umsätze der Großeinkaufsgesellschaften im Jahre 1911. Das „Internationale Genossenschaftsbulletin" teilt jetzt die Umsätze von 17 Großeinkaufsgesellschaften im verflossenen Jahre mit. An der Spitze steht, wie üblich, die englische Großeinkaufsgesellschaft, die einen Umsatz von rund 560 Millionen Mark erzielt hat. Der gesamte Umsatz der 17 Großeinkaufsgesellschaften beträgt 994 Millionen Mark. Die englische Großeinkaufsgesellschaft hat also einen größeren Umsatz als sämtliche andere zusammen. Auf die englische Großeinkaufsgesellschaft folgt die schottische, allerdings mit ziemlich weitem Abstand. Ihr Umsatz belief sich auf 157 Millionen Mark. An dritter Stelle steht wieder die deutsche Großeinkaufsgesellschaft mit einem Umsatze von rund 110 Millionen Mark. Von den anderen Großeinkaufsgesellschaften seien noch die dänische mit 55 Millionen Mark genannt und die schweizerische mit 25½ Millionen Mark. Die Großeinkaufsgesellschaften mit den großen Umsätzen, die englische und schottische, die bereits seit vielen Jahren arbeiten, können natürlich nicht mehr mit großen relativen Zunahmen prunken, denn ihnen ist es unmöglich, noch Neuland zu erschließen. Aber auch die fünfprozentige Umsatzvermehrung der englischen Großeinkaufsgesellschaft ergibt noch immer 26½ Millionen Mark, das ist mehr als der Umsatz der Großeinkaufsabteilung des Verbandes schweizerischer Konsumvereine. Recht erheblich ist die Umsatzvermehrung der deutschen Großeinkaufsgesellschaft. 21 Millionen Mark hat sie im letzten Jahre mehr umgesetzt als im Vorjahre. Sie erreicht mit der absoluten Höhe ihrer Umsatzzunahme fast die englische Großeinkaufsgesellschaft. Auch mit der relativen Höhe steht sie so ziemlich an der Spitze, wenn man von einigen Großeinkaufsgesellschaften absieht, die noch im ersten Entwicklungstadium sich befinden und ihre Umsätze deshalb rasch vermehren. Wenn die Entwicklung der deutschen Großeinkaufsgesellschaft so weitergeht, wird sie bald an zweiter Stelle rangieren.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Beim Nachfüllen von Kreuzstern **MAGGI's Würze** mit dem Kreuzstern

achte man darauf, daß die Würze aus Maggi's großer Originalflasche gefüllt wird; denn in diesen Flaschen darf gesetzlich nichts anderes als MAGGI's Würze feilgehalten werden.

98

Wakenitz-Vorlaube
Heute Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.
147) H. Fürböter.

Adlershorst. (101)
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
103) H. Pagel.

Neu-Lauerhof.
110) Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

Rheinperle
SOLO
Margarine die Elitemarken der Branche ersetzend
Feinste Butter
Hoffmann, Weber, Jürgens, Kaufmann, Grube, Hagen, Hilbert
113

Hansa-Halle
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Musik: Neue Hauskapelle.
146) J. Rieck.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:
99) **Ballmusik.**

Kalnbergs
Universum.
Variété und Kabarett.
Sonntag Beginn 7½ Uhr.
Vollständig neues Programm.
Neue Künstler.
5 Damen, 4 Herren.
Sensationell!
Das geheimnisvolle Kabinett.
Auf allen Plätzen 40 Pfg. (148

Fahrräder, Nähmaschinen, Zubehörteile
112) kaufen Sie günstig und reell im
Fahrradhaus „Frisch Auf"
Fünfhausen 28. Telephon 1578.
Fahrräder von 70 Mk. mit voller 1jähriger Garantie.
Günstige Zahlungsbedingungen.
Sämtliche Reparaturen prompt und billig.

Betten-Duve liefert bestens und billigst.
(169) Gr. Burgstr. 32.

Oeffentliche
Radfahrer-Versammlung
am Sonntag, dem 5. Mai 1912,
nachmittags 2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Bekämpfung des Fahrradhauses „Frisch auf" seitens der Fahrradhändler.
2. Diskussion.
NB. Das radfahrende Publikum Lübecks ist hiermit freundlichst eingeladen. (126
Der Vorstand des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Lübeck.

Sozialdemokratischer Verein.
Montag, den 6. Mai 1912,
abends 8½ Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tagesordnung:
1. Mißernte und Teuerung. Referent Genosse Diez.
2. Errichtung eines Bezirksbildungsausschusses für Lübeck und Mecklenburg.
3. Errichtung eines Jugendheims.
4. Verschiedenes. (125
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Konzerthaus „Flora".
144) Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr. Gustav Wirthel.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.
Eintritt frei. (89) Gustav Gipp.

Neues Stadttheater.
Sonntag, 5. Mai. Abends 7½ Uhr.
Voll-Abonn. 192. Voll-Abonn. 192.
Joseph in Egypten.
Oper von Mehul.
Hierauf: (122
Phantasien i. Brem. Ratskeller.
Balletttdivertissement von G. Graeb.
Musik von Steinmann.
Montag, 6. Mai. 7½ Uhr.
Voll-Ab. 193. Montag-Ab. 81.
Martha.
Romantische Oper v. Fr. v. Flotow.
Hierauf:
Phantasien i. Brem. Ratskeller
Balletttdivertissement von Graeb.
Musik von Steinmann.
Dienstag, 7. Mai. Abends 6½ Uhr.
Voll-Ab. 194. Außer Dienstag-Ab.
1. Festspielabend.
Tristan und Isolde.
Musikdrama in 3 Aufz. v. R. Wagner.
Dirigent: Hermann Abendroth.
Tristan . . . . Jacques Urlus.
Isolde . . . . Margarethe Kahler.
König Marke . Rudolf Moest.
Kurvenal . . . Johannes Bischof.
Brangäne . . Frieda Schreiber.

Stadthallentheater.
Sonntag, den 5. Mai. 7½ Uhr.
Die Erbtante.
Schwank von Ernst Albert.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und
128) Rob. Kohlmarkt 18.